

4

Bonn, Mittwoch 7. März 1962

*Sprecher: Adenauer, Altmeier, Barzel, Blank, Blumenfeld, Burgbacher, Dichtel, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Gurk, Kiesinger, Krone, Niederaß, Schmidt, Stoltenberg.*

*Bericht zur Lage. Ausgleich des Bundeshaushalts.*

*Beginn: 10.30 Uhr*

*Ende: 14.00 Uhr*

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Es sind leider viele Entschuldigungen hier: von Hassel, Süsterhenn, Seehofer, Jochmus<sup>1</sup>, Pferdenges, Bauknecht<sup>2</sup>, Katzer, Fricke, Wegmann<sup>3</sup>, Strauß, Wüermeling. Herr Meyers, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, fehlt ebenfalls. Ich bedaure das außerordentlich. Ich habe ihm noch einmal deponiert, er möchte heute hier sein, aber bis jetzt habe ich keine Antwort bekommen. Ob er diesen Nachmittag da sein wird, weiß ich nicht.

Um so mehr danke ich denjenigen, die anwesend sind am Aschermittwoch. Es war vielleicht in diesem Jahr nicht ein so großes Opfer, weil ja Karneval weniger als sonst gefeiert worden ist. Trotzdem – Sie werden das aus dem, was ich Ihnen zu sagen habe, hören – haben wir allen Anlaß zu einer Aschermittwochstimmung.

## BERICHT ZUR LAGE

Ich möchte zu Ihnen nicht ausschließlich über unseren Haushaltsplan sprechen, der, wie Sie wissen, nicht ausgeglichen ist, sondern ich möchte mit Ihnen sprechen über die ganze Situation und die Entwicklung der nächsten Jahre bis zum Jahre 1965, in dem wir die nächsten Bundestagswahlen haben. Es ist gut, daß wir uns aussprechen mit dem Ziel, wie gewinnen wir die Bundestagswahl des Jahres 1965, weil in diesem Jahr in vier Ländern Landtagswahlen stattfinden. Nordrhein-Westfalen umfaßt allein ein Drittel der Wahlberechtigten des Bundes. Im Frühjahr des kommenden Jahres

---

1 Dr. Hedwig Jochmus (1899–1993), 1960–1968 MdL Baden-Württemberg (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 921 Anm. 2.

2 Bernhard Bauknecht (1900–1985), 1949–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 489 Anm. 87.

3 August Wegmann (1888–1976), 1955–1970 MdL Niedersachsen (CDU), 1955–1965 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oldenburg. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 335 Anm. 2.

finden dann die Landtagswahlen in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz statt, so daß also die nächsten 13, 14 Monate ausgefüllt sein werden mit Landtagswahlen.

Der Ausgang dieser Landtagswahlen ist natürlich sehr maßgebend für die Stimmung der verschiedenen Parteien hinsichtlich der Bundestagswahl im Jahre 1965. Ich möchte nun, ehe ich auf die innenpolitische Lage zu sprechen komme, einige Sätze über die äußere Lage sagen.

Die Verhandlungen, die Thompson über Berlin geführt hat, sind völlig ergebnislos verlaufen.<sup>4</sup> Es wird vielleicht heute oder morgen noch eine Besprechung stattfinden, aber es ist nicht zu erwarten, daß der geringste Fortschritt da erzielt wird. Das ist nicht etwa eine pessimistische Auffassung von mir, sondern das ist die Auffassung der amerikanischen Regierung.

Trotzdem möchte ich sagen: wenn ich auch zunächst nicht besonders gut von dem Gedanken beeindruckt war, daß Thompson weiter in Moskau verhandeln soll, bin ich doch zu der Einsicht gekommen, daß es gut war, daß diese Verhandlungen – denen man von vornherein ein schlechtes Prognostikon stellen mußte – stattgefunden haben, und zwar aus zwei Gründen: 1. Die ganze Welt hat gesehen aus dieser Beharrlichkeit, mit der der Präsident der Vereinigten Staaten selbst immer wieder dafür gesorgt hat, daß Verhandlungen stattfinden und daß es den Vereinigten Staaten wirklich ernst damit ist, jedes Mittel zu versuchen, um eine Abrüstung herbeizuführen und um den Frieden in der Welt zu erhalten. 2. In Sowjetrußland besteht schon seit Jahren ein tief eingewurzelter Mißtrauen gegen die Vereinigten Staaten. Der Grund ist der, daß Chruschtschow und die Leute, die hinter ihm stehen, der Auffassung sind, daß die kapitalistischen Staaten – wie er sie nennt –, an ihrer Spitze die Vereinigten Staaten, darauf ausgehen, die kommunistischen oder – wie sie sich nennen – sozialistischen Staaten zu unterdrücken.

Vielleicht hat diese Beharrlichkeit Kennedys in der Weiterführung der Verhandlungen doch den Erfolg, daß Chruschtschow glaubt oder anfängt zu glauben: Es ist den Vereinigten Staaten, die die Vorkämpfer der kapitalistischen Staaten in seinen Augen sind, doch ernst mit der Herbeiführung einer echten Koexistenz.

Das muß man sich auch vor Augen halten, wenn man an früher denkt, daß vor Jahren unter Foster Dulles<sup>5</sup> eine friedliche Koexistenz von den Vereinigten Staaten nicht proklamiert war, sondern daß die amerikanische Politik in jenen Jahren noch darauf ausging, die Satellitenstaaten, die Rußland sich nach dem Westen zu vorgelagert hatte, von den Kommunisten zu trennen.

---

4 Thompson traf am 2. und 12. Januar, am 1. und 9. Februar und am 6. März 1962 mit Gromyko zusammen, um über die Berlin-Frage zu verhandeln. Vgl. AdG 1962 S. 9605 f., S. 9679 und S. 9730.

5 John Foster Dulles (1888–1959), 1953–1959 amerikanischer Außenminister (Republikaner). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 306 Anm. 28.

Nun zur Abrüstungskonferenz in Genf!<sup>6</sup> Es müßte sich ein Wunder ereignen, wenn diese Abrüstungskonferenz wirklich einen Erfolg hätte. Sie setzt sich zusammen – ich zitiere aus dem Gedächtnis – aus fünf westlichen Staaten, fünf kommunistischen Staaten und acht neutralen Staaten. Von den fünf westlichen Staaten fällt Frankreich aus, so daß also das Verhältnis ist: 4:5:8. Ich wiederhole, es müßte sich fast ein Wunder ereignen, wenn diese Konferenz ein greifbares Ergebnis brächte.

Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West ist nach meiner Überzeugung, die sich auf eine sehr gute Unterrichtung von seiten der Vereinigten Staaten über die nukleare Bewaffnung der Vereinigten Staaten stützt, etwa folgendermaßen: Auf dem Gebiete der konventionellen Waffen sind die Russen den NATO-Ländern weit überlegen, nicht nur der Zahl der Soldaten, sondern auch der Ausrüstung der Truppen nach. Sowjetrußland hat seine konventionellen Truppen hervorragend ausgerüstet, während die amerikanische Armee zum Teil noch Waffen aus dem letzten Weltkrieg hat und jetzt daran ist, seine konventionellen Truppen mit modernen Waffen zu versehen. Das ist eine Aufgabe, die nach Annahme der Amerikaner mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Unsere Truppen sind der Qualität nach schlechter ausgerüstet als die Russen, aber besser als die Amerikaner. Die sowjetischen Divisionen haben z. B. viel bessere und mehr Panzer; sie haben auch Amphibienpanzer. Sie haben also bessere Panzer als alle anderen Armeen.

Aber auf dem Gebiet der nuklearen Waffen scheint mir – man muß natürlich sehr vorsichtig sein, wenn man sich hier ein Urteil bilden will – die amerikanische Armee der russischen Armee erheblich überlegen zu sein, und zwar haben die Amerikaner sehr viel gearbeitet, um die nuklearen Waffen zu verfeinern und zu verbessern, während die Russen das nicht getan haben. Wie lange ein solcher Vorsprung dauern wird, kann kein Mensch, auch nicht der beste Sachverständige, mit Sicherheit sagen. Das liegt in der Natur der Dinge, aber immerhin einige Jahre wird dieser Vorsprung bleiben.

Es ergibt sich aber aus der Kenntnis der nuklearen Bewaffnung, so wie sie mir von amerikanischer Seite vermittelt worden ist, mit absoluter Sicherheit, daß ein großer nuklearer Krieg entsetzlich ist und daß von Europa dann kaum etwas übrig bleiben wird. Ich glaube deshalb, daß der amerikanische Präsident jetzt bei den Verhandlungen in Moskau richtig gehandelt hat, wenn er immer wieder gedrängt hat, die Verhandlungen fortzuführen, um eben alles zu tun und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, einen nuklearen Krieg zu vermeiden.

Meine Damen und Herren! Auf der Seite der Westmächte ist ein ganz großes Manko, nämlich die Uneinigkeit der Westmächte. Diese Uneinigkeit der Westmächte ist erschütternd. Sie ist deswegen ein solches Handicap für die Westmächte, weil

---

6 Die Genfer Abrüstungskonferenz, die am 14. März 1962 begann, war von der Vollversammlung der Vereinten Nationen als Zusammenkunft von 18 Staaten geplant worden mit je fünf Vertretern der Westmächte und des Ostblocks sowie acht neutralen Staaten. Frankreich sagte jedoch seine Teilnahme ab. BULLETIN vom 14. März 1962 S. 419.

Chruschtschow von der Überzeugung, fast kann man sagen lebt, daß die kapitalistischen Staaten nicht zueinander halten werden, sondern daß der eine heute und der andere morgen abfallen wird. Was die Uneinigkeit angeht, so stimmen auch nicht etwa Amerika und Großbritannien überein. Gerade in der Haltung zur Berlin-Frage macht sich ein erheblicher Unterschied bemerkbar. Robert Kennedy<sup>7</sup>, der vor wenigen Wochen hier war, hat in Berlin eine Rede gehalten. Wahrscheinlich haben Sie sie gelesen. Sie war für Berlin und für uns Deutsche sehr ermutigend. Diese Rede hat er nicht etwa spontan gehalten, sondern sie war vorher von dem Präsidenten Kennedy genehmigt worden. An dem gleichen Tage hat Lord Home<sup>8</sup>, der Außenminister der Briten, eine Rede gehalten über dieselbe Frage, die für uns sehr entmutigend gewesen ist.

Was Frankreich angeht, so kann man doch, auch wenn man Verständnis dafür aufbringt, daß General de Gaulle durch die Algerienfrage seit Jahr und Tag und insbesondere in diesem Augenblick okkupiert ist, das Verhalten Frankreichs gegenüber den anderen Westmächten einfach nicht mehr verstehen. Ich habe da besonders im Auge, daß Frankreich es abgelehnt hat, zu dieser Genfer Konferenz auch nur einen Beobachter zu entsenden. Ich will mich darüber nicht weiter verbreiten, aber ich kann nur nochmals wiederholen, meine Freunde, daß es für Chruschtschow das Ermutigendste ist, wenn er sieht, wie die Westmächte von Jahr zu Jahr – das kann man ruhig sagen – uneiniger untereinander werden. Was bleibt nun übrig? Es bleibt nur übrig, wenn nicht in Genf ein wirklicher Fortschritt gemacht wird in der ganzen Frage der Abrüstung, die seit Jahr und Tag schwebt, als weiter aufzurüsten mit allen Konsequenzen, namentlich auch auf finanziellem Gebiete, die damit ganz von selbst eintreten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort sagen – ich müßte es sonst an einer anderen Stelle erwähnen – über unseren Botschafter in Moskau, über Herrn Kroll. Es ist eine ganz unglückliche Geschichte.<sup>9</sup> Ob die substantiellen Vorwürfe gegen Herrn Kroll berechtigt sind, kann ich jetzt noch nicht sagen. Der erste Angriff gegen Kroll kam von Herrn Schröder in der „Welt“.<sup>10</sup> Herr Kroll hat dann

---

7 Robert F. Kennedy (1925–1968), amerikanischer Politiker (Demokrat), engster Berater seines Bruders John F. Kennedy; 1961–1964 Justizminister. – Robert Kennedy besuchte im Rahmen einer Weltreise am 23./24. Februar 1962 Berlin und am 25. Februar Adenauer (AdG 1962 S. 9710; OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 102 f.).

8 Sir Alexander Frederick Douglas-Home (1903–1995), britischer Politiker (Konservative Partei); 1960–1963 und 1970–1974 Außenminister, 1963–1964 Premierminister.

9 Botschafter Kroll war nach Bonn zurückgerufen worden, um zu angeblichen Äußerungen über eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, die politische Trennung zwischen Berlin und der Bundesrepublik und somit für eine deutsch-sowjetische Verständigung um jeden Preis Stellung zu nehmen. Vgl. AdG 1962 S. 9731; Hans KROLL: Erinnerungen S. 549–557.

10 Georg Schröder: „Die Zeit nutzen“ („Die Welt“ vom 17. Februar 1962). – Georg Schröder (1905–1987), 1948–1950 Chefredakteur der „Norddeutschen Zeitung“, 1950–1953 Leiter des Büros der „Welt“ in Hannover, 1953–1973 in Bonn.

eine Besprechung mit acht Journalisten zu seiner Entschuldigung abgehalten. Er ist gestern hier angekommen. Wie ich eben von Herrn Staatssekretär Globke höre, ist er wesentlich ruhiger, als er neulich bei seinem Aufenthalt hier gewesen ist. Was Herr Kroll an dem Abend mit diesen acht Journalisten gesagt hat, ist nicht authentisch für uns festzustellen. Er gab dort ein Abendessen. Aber wie Herr Kroll behauptet, hat z. B. auch der Botschafter Grewe<sup>11</sup> vor demselben Gremium, dessen Leiter der Stuttgarter Journalist Appel<sup>12</sup> ist, gesprochen, so daß man ihm, wenn das wahr ist, keinen Vorwurf daraus machen könnte, daß er überhaupt vor der Presse so spricht ohne Zustimmung des Auswärtigen Amtes.

Eine offizielle Niederschrift darüber gibt es nicht, sondern einige der acht Herren, die anwesend waren, haben am Tage darauf für sich Niederschriften gefertigt. Herr Kollege Gerstenmaier hat welche davon gelesen, wie er mir neulich gesagt hat. Herr Krone hat auch welche gelesen.<sup>13</sup> Ich habe noch keine gelesen. Die Journalisten sagen, ihre journalistische Ehre hindere sie, etwas davon preiszugeben. Auf alle Fälle aber hat Herr Kroll sich sehr gegen die Disziplin vergangen, die im Auswärtigen Amt und seinem Bereich herrschen muß. Seine Ausfälle von Moskau aus gegen das Auswärtige Amt sind einfach unmöglich; auch die Ausdrucksweise ist bei hohen Diplomaten unmöglich. Was aus der ganzen Affäre Kroll wird, das kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen. Das müssen wir abwarten. Ich wünsche nur, daß jeder gerecht behandelt wird und daß nicht etwa der Stab über jemand gebrochen wird, ohne daß der Betreffende ausgiebig Gelegenheit gehabt hat, sich darüber zu äußern, was ihm vorgeworfen wird. Zweitens wünsche ich, daß die Sache nicht so ausläuft, daß man in Moskau, falls Kroll nicht nach dort zurückkehren sollte, daraus glaubt schließen zu können oder schließen zu müssen, daß wir hier in Bonn einen Botschafter, der zur Verständigung mit Sowjetrußland beitragen soll, nicht an diesem Platz haben wollen. Das sind die Schwierigkeiten, die man nicht bagatellisieren darf. Wir wollen aber darüber hier jetzt nicht mehr weiter sprechen.

Nun komme ich zur innenpolitischen Lage. Ich möchte hier das sagen, was ich vorher schon erklärt habe, daß die Zusammenarbeit mit den Ministern der FDP im Kabinett gut ist. Ich glaube, keiner kann sich beklagen. Bei einer Koalition muß natürlich jeder an einem Ende nachgeben. Wir von der CDU haben noch nicht nachgegeben; denn es sind derartige Forderungen für uns noch nicht gestellt worden, namentlich auf dem Gebiete unserer sozialen Tätigkeit. Im Bundestag ist

- 
- 11 Dr. Wilhelm Grewe (geb. 1911), Staatsrechtslehrer und Diplomat; Professor für Staats- und Völkerrecht 1944 Berlin, 1947 Freiburg, 1958–1962 Botschafter in den USA, zwischen 1962–1976 Botschafter bei der NATO (Paris, Brüssel). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 167 Anm. 112.
  - 12 Reinhard Appel (geb. 1927), Journalist; 1946–1971 „Stuttgarter Zeitung“, 1962–1963 Vorsitzender der Bundespressekonferenz, 1971–1973 „Süddeutsche Zeitung“, 1973–1975 Intendant beim Deutschlandfunk, 1976–1988 Chefredakteur des ZDF.
  - 13 Die Besprechung Krolls mit acht deutschen Journalisten hatte am 13. Februar 1962 in Bonn stattgefunden (Brief Dankwart Reissenberger an Dr. Krone vom 5. März 1962 in ACDP I-028-012/18).

das Zusammenarbeiten der Koalitionsfraktionen natürlich schwieriger. Es schwankt manchmal dort, und es geht hin und her. Aber nennenswerte Schwierigkeiten sind bisher noch nicht aufgetreten.

Der Widerhall der Politik der CDU/CSU in der Bevölkerung, soweit er durch die bekannten Meinungsinstitute festzustellen ist, ist wieder gewachsen. Nach der letzten Befragung stimmten im Juli für uns 45 %, jetzt sind es 47 %.<sup>14</sup> Auf diese Befragungen soll man nicht allzuviel geben, aber immerhin, wenn das Resultat ungünstig wäre, würde man eine gewisse Sorge empfinden. Und da es jetzt günstig ist, sei es mir wenigstens gestattet, diese Steigerung zu erwähnen.

Die Sozialdemokratie hält sich nach außen zunächst etwas zurück. Aber es ist da etwas am Werke, was uns sehr große Sorge machen muß. Im Vorstand der Fraktion der SPD ist die Frage des Auftretens der Gewerkschaft Brenner – so kann man sie ja wohl nennen – in Baden-Württemberg diskutiert worden.<sup>15</sup> Der weit überwiegende Teil des Vorstandes der SPD hat sich hinter die Gewerkschaften gestellt. Nur sehr wenige haben gesagt, das Verlangen der Gewerkschaften ist wirtschaftlich einfach nicht zu tragen. Damit kommt etwas auf uns zu, über das wir uns völlig klar sein müssen. Bei dem Tarifvertrag, wie er in Baden-Württemberg ausgehandelt worden ist, beträgt die Erhöhung der Löhne 6 %. Aber die Steigerung der Unkosten, soweit sie auf die Arbeitnehmer fallen und die herbeigeführt werden durch Verlängerung der Ferien und durch Verkürzung der Arbeitszeit, beträgt zusammen noch einmal 5 %, so daß also die Unkosten der Unternehmen pro Kopf des Arbeitnehmers um 11 % gestiegen sind. Ich wiederhole: um 6 % plus 5 %. Dasselbe Bild sehen Sie auf der ganzen Linie der gewerkschaftlichen Forderungen. Diese gewerkschaftlichen Forderungen sind so groß, daß man allen Anlaß hat, besorgt zu sein für unseren Export, weil wir eben teurer sind als die mit uns konkurrierenden Länder. Die Bundesbank hat darüber eine sehr interessante Aufstellung gemacht, aus der ich Ihnen wenigstens etwas sagen möchte. Dort heißt es, die reale Steigerung des Sozialproduktes der Erwerbstätigen habe sich stark vermindert, und zwar von 6,5 % im Vorjahre auf 3,7 % jetzt. Daraus ergibt sich also, daß das geringere Sozialprodukt erarbeitet worden ist unter Aufwendung viel größerer Unkosten. Dadurch wird natürlich der Gewinn des Unternehmens beschränkt. Das mag eine gewisse Zeit hingehen, aber man wird von keinem Menschen verlangen können, daß er einen Betrieb weiterführt, der ihm nur Geld kostet. Und im Ausland – ich kann das nur nochmals wiederholen – ist eben alles billiger als bei uns, auch in der Schweiz, von Einzelheiten vielleicht abgesehen. Aber z. B. die Baukosten in

---

<sup>14</sup> Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 425 f.

<sup>15</sup> Die Tarife in der Metallindustrie waren von den Arbeitgebern zum 31. Dezember 1961 für das gesamte Bundesgebiet gekündigt worden. Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen im Januar 1962 hatten sich die gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter in Baden-Württemberg am 3. Februar 1962 in einer Urabstimmung mit 86,25 % für einen Streik ausgesprochen. Am 10. Februar 1962 wurde durch den Abschluß eines neuen Tarifvertrages für Süddeutschland ein Streik verhindert („Süddeutsche Zeitung“ vom 12. Februar 1962 „Einigung in der Metallindustrie“).

der Schweiz sind viel billiger als bei uns. Das gleiche gilt auch für Holland. Die holländischen Unternehmen bauen schlüsselfertige Häuser um 20 % billiger als die niedrigsten Angebote der heimischen Bauwirtschaft. Wohin das führen wird, das liegt ganz klar zutage, meine Freunde! Das führt zu einer Preissteigerung im Inland. Die Preissteigerung im Inland ist gleich einer Entwertung der D-Mark. Wenn die Sparer sehen, daß der jährliche Zinsgewinn, den sie von ihren Guthaben bei der Sparkasse bekommen, geringer ist als die Preissteigerungen – die Entwertung der D-Mark –, dann werden Sie von dort aus etwas zu hören bekommen, was uns wirklich nicht angenehm in den Ohren klingen wird.

Die Sozialdemokratie hat versucht, die letzten Wahlen dadurch zu gewinnen, daß sie sich in den Fragen der Wirtschaft, vor allem in den Fragen der Außenpolitik, unserer Auffassung näherte. Jetzt scheint man dort einen anderen Weg gehen zu wollen. Man wird nicht ohne weiteres sagen: Wir machen eine andere Politik. Aber ich glaube, wir müssen doch die ernstesten Besorgnisse haben, daß, wenn die Politik der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Löhne so weiter geht, einfach unsere Wirtschaft schwersten Schaden erleidet und eine Preissteigerung kommt, die natürlich der Partei zur Last gelegt werden wird, die am Ruder ist; insbesondere gilt das für die nächsten Wahlen.

Ich möchte noch einen Satz hier einschieben. Wir haben 203 sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete einschließlich der Berliner. Von diesen 203 sind 170 in einer Gewerkschaft. Von diesen 170 sind 23 % maßgebende Funktionäre der Gewerkschaften. Was die Gewerkschaften selbst angeht – die Zeiten eines Böcklers<sup>16</sup> sind lange vorbei. Auch das Verhältnis, wie es noch unter Herrn Freitag<sup>17</sup> war, der von dem Erbe Böcklers zehrte, ist lange vorbei. Sie werden mit mir wohl darin übereinstimmen, daß der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes – vertreten durch Herrn Richter<sup>18</sup> – nicht im entferntesten den Einfluß auf die Industriegewerkschaft hat, wie ihn Böckler hatte.

Nun habe ich, weil ich durch eine kurze Notiz in einer Tageszeitung gestern darauf aufmerksam gemacht worden bin, mir einmal das Blatt der Brennerschen Gewerkschaft verschafft. Darin steht ein Artikel „Wieweit beherrscht die Kriegspsychose bereits die Gesetzgebung?“<sup>19</sup>, der, so möchte ich fast sagen, klarer Landesverrat ist. Dort wird zuerst ausgeführt, daß der Krebs eine wuchernde Krankheit ist, die zum

---

16 Hans Böckler (1875–1951), 1947–1951 Vorsitzender des DGB (zunächst der britischen Zone, ab 1949 des Bundesgebiets). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 111 Anm. 10.

17 Walter Freitag (1889–1958), 1949–1953 MdB (SPD), 1952–1956 Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 9.

18 Willi Richter (1894–1972), Gewerkschafter; 1949–1957 MdB (SPD, Vorsitzender des Bundestagsausschusses Sozialpolitik), 1956–1962 Vorsitzender des DGB. Vgl. Gerhard BEIER: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung. Köln 1978.

19 „Metall“ vom 6. März 1962 „Mahnung zur Wachsamkeit. Wieweit beherrscht die Kriegspsychose bereits die Gesetzgebung?“. Vgl. auch DUD Nr. 48 vom 8. März 1962 „IG Metall macht in Kriegspsychose“.

Tode führt, wenn man nicht rechtzeitig scharf einschreitet. Dann wird alles das, was wir tun wollen, um einen Krieg abzuwenden, nämlich die Notstandsgesetzgebung, die geplant ist usw., in einer schroffen Weise heruntergerissen und demagogisch dargestellt, z. B. die Beschlagnahme von Autos könne auch heute wieder kommen. Allerdings – das muß jeder halbwegs vernünftige Mensch einsehen. Dann drucken sie hier ab ein Bild des Arbeitsbuches zur Zeit der NSDAP und vergleichen das dann mit den Zuständen, wie sie nach der deutschen Notstandsgesetzgebung jetzt kämen. Ich weiß nicht, wieviel Hunderttausende von Exemplaren hiervon gedruckt werden. Die Brennersche Gewerkschaft ist bei weitem die größte. Sie hat erheblich über 500.000 Mitglieder. Ich muß sagen, wie man ein solches Gift den Menschen auf diese Weise einimpft in einer Zeit, wo uns außenpolitisch tatsächlich das Wasser am Munde steht, das ist mir völlig unverständlich. Das wäre zur Zeit Böcklers – ich habe Herrn Böckler sehr gut gekannt, er war Stadtverordneter, als ich Oberbürgermeister war – niemals möglich gewesen. Aber jetzt ist es möglich in der größten Gewerkschaft, die den Ton angibt für alle anderen. Hier steht z. B. auch, wir hätten vom Bund aus nichts getan, um die Flutkatastrophe zu verhindern.<sup>20</sup> Meine Freunde, das kann doch nur einer schreiben, der entweder restlos gewissenlos ist oder der keine Ahnung von der ganzen Sache hat. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich könnte aber dem folgendes entgegenhalten: Von den vier betroffenen Staaten Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen hat sich das Land, in dem die CDU führend ist, nämlich Schleswig-Holstein, glänzend in der ganzen Sache gehalten, weil Schleswig-Holstein zusammen mit dem Bund einen sehr großen Teil bezahlt hat und weil dort eine sehr konstante und vernünftige Deichbaupolitik getrieben worden ist. Für Hamburg ist es unverständlich – das wird Ihnen jeder Fachmann sagen –, daß man in Wilhelmsburg es gestattet hat, auf diesem Gelände, das sicher überspült werden mußte, von Menschen bewohnte Baracken stehen zu lassen, die von der Flut weggerissen werden mußten. Ich habe gehört, unser früherer Kollege Schmidt habe sich glänzend bewährt, weil er, wie gesagt, kommandiert hätte wie ein General. Nun, ich will dessen Verdienste nicht vergleichen, aber er muß sich in den Abwehrmaßnahmen glänzend bewährt haben. Ich möchte jedoch nochmals betonen, daß Schleswig-Holstein an der Spitze steht; denn es hat durch planmäßige Arbeit mit Hilfe des Bundes große Vorsorge getroffen.

Ich hatte gestern Herrn von Hassel bei mir. Wir haben ausführlich über die Sache gesprochen. Nun stand in der Zeitung: Ein Todesopfer. Das war ein Mann, der am Herzschlag gestorben ist vor Aufregung. Es sind leider auch einige Bundeswehrsoldaten ums Leben gekommen, allerdings bei Autounfällen auf der Straße. Aber der Mann hier, der diesen Artikel in der Brenner-Zeitung schreibt, sagt nichts von der Bundeswehr, die doch auch mutige Opfer gebracht hat. Der Bürgermeister

---

<sup>20</sup> Am 17. Februar 1962 wurde die Nordseeküste der Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen von einer schweren Sturmflut heimgesucht. Die Flutkatastrophe fordert 337 Menschenleben. Bei den Rettungsmaßnahmen kamen sechs Soldaten sowie ein Polizist ums Leben (AdG 1962 S. 10305).



Nevermann<sup>21</sup> von Hamburg hat mir erklärt, ohne die Bundeswehr wäre alles verloren gewesen. Nichts hätte die Tätigkeit der Bundeswehr und des Grenzschutzes überhaupt ersetzen können. Aber nun sehen Sie diese Verhetzung!

Ich komme nun zum Ausgangspunkt zurück. Wenn von der Gewerkschaft aus diese systematische Heraufbeschwörung von politischen Streiks – denn es handelt sich bei der Sache nicht mehr um ökonomische Auseinandersetzungen, sondern um politische Streiks – weitergeht, so muß uns das mit der denkbar größten Sorge erfüllen. Sie wissen, daß die ÖTV für die Bundes-, Kommunal- und Länderangestellten Forderungen erhoben hat. Wenn man diesen Forderungen ganz nachkommen wollte, wäre das eine Belastung des Bundes von einer Milliarde und einigen hundert Millionen DM. Und bei den Beamten, die immer hinterher kommen, würde es auch noch einmal über eine Milliarde für die Erhöhung der Gehälter ausmachen. Die Auseinandersetzungen beginnen jetzt. Sie fangen an bei den Kommunen. Leider sind manche Kommunen bei solchen Auseinandersetzungen sehr schwach. Was sich daraus ergeben wird, läßt sich jetzt im voraus noch nicht erkennen. Aber ich wiederhole: Wir müssen unsere jetzigen Schwierigkeiten immer betrachten im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen und die Bundestagswahlen im Jahre 1965. Deshalb lege ich dieser ganzen Entwicklung eine solche entscheidende Bedeutung bei. Wenn die Gewerkschaften uns dazu nötigen, daß eine große Preiserhöhung kommt und damit eine große Entwertung des Geldes, dann, sage ich Ihnen, wird das für die CDU/CSU im Jahre 1965 das schwerste Handicap sein, was sie überhaupt zu nehmen hat.

Nun zur Freiheit der Sozialpartner! Ich darf hier ausdrücklich betonen, daß ich auch die Unternehmer von einer Schuld durchaus nicht freisprechen möchte. In der Vergangenheit, als sie genügend Aufträge hatten, sind sie den Forderungen der Gewerkschaften ohne erhebliche Auseinandersetzungen nachgekommen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Dadurch hat sich eine gewisse Gewöhnung an diese gleitende Entwicklung angebahnt, für die auch die Unternehmer mitverantwortlich sind, wenn auch nicht in dem Maße wie die Gewerkschaften. Die Freiheit der Sozialpartner darf nicht dazu führen, daß die Freiheit der Sozialpartner das Volk ruiniert. Das Gesamtwohl des Volkes steht über der Freiheit der Sozialpartner. In einer ganzen Reihe von Ländern bestehen gesetzliche Möglichkeiten, bei Beschlüssen der Wirtschaft – damit meine ich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer – einzuschreiten, wenn sie über ein erträgliches Maß hinausgehen. Das ist in England, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in Holland so. Es ist ungefähr in allen anderen Ländern. Nur wir haben das nicht eingeführt, weil wir durch die Persönlichkeit Böcklers davon überzeugt waren, daß die gewerkschaftliche Entwicklung immer das Wohl des Ganzen an erster Stelle sehen werde. Deswegen haben wir geglaubt, ohne irgendwelche derartige Bestimmungen auskommen zu können. Wir müssen nun abwarten, wie sich die Sache weiter

---

21 Dr. Paul Nevermann (1902–1979), Jurist; 1961–1965 erster Bürgermeister von Hamburg, bis 1974 MdHB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 784 Anm. 68.

entwickelt. Aber dann werden wir doch zu dieser ganzen Angelegenheit eingehend Stellung nehmen müssen.

#### AUSGLEICH DES BUNDESHAUSHALTS

Nun möchte ich etwas sagen zu dem Haushaltsplan, den die Bundesregierung dem Bundesrat und dem Bundestag hat zugehen lassen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß dieser Haushaltsplan kein festes Fundament hat, im Gegenteil, er hat ein sehr schwaches Fundament. Eine ganze Reihe von Dingen, die auf uns zukommen werden, sind gar nicht darin enthalten. Es konnte z. B. auch nicht berücksichtigt werden die Flutkatastrophe an der Nordsee, wo wir den betroffenen Ländern vom Bund aus unbedingt helfen müssen. Es ist weiter nicht berücksichtigt die Erhöhung der Gehälter und der Löhne, die ja in einem gewissen Umfange zweifellos kommen wird. Es sind also eine ganze Reihe von Sachen nicht berücksichtigt. In normalen Verhältnissen wäre ich niemals dafür gewesen, einen solchen Haushaltsplan vorzulegen. Aber die Verhältnisse sind doch so: Wir haben einen neuen Finanzminister, Herrn Starke, der sich übrigens sehr große Mühe gibt – das möchte ich hier nachdrücklich betonen – und der den Ernst der Situation völlig erkennt. Er hatte wirklich nicht die Möglichkeit, schon aus zeitlichen Gründen, sich in diesen Haushaltsplan gründlich einzuarbeiten. Deshalb haben wir im Zusammengehen mit dem Bundestag einen sogenannten Überrollungshaushalt<sup>22</sup> gemacht. Ich will Ihnen dieses „schöne“ Wort nicht im einzelnen erklären. Die meisten von Ihnen wissen ja, was das bedeutet. Die Bundesregierung hat schon damit begonnen, sich darauf zu konzentrieren, den Haushaltsplan für das Jahr 1963 sehr gewissenhaft und sparsam in allen seinen Teilen aufzustellen. Es gab Herren in der Bundesregierung, die davon überzeugt waren, daß die Länder bereit sein würden, die Lücke, die wir im Haushalt in Höhe von 1,5 Milliarden haben, durch freiwillige Beiträge zu decken. Nun, meine Damen und Herren, ich habe nie daran geglaubt. Das sage ich Ihnen ganz offen. Ich habe Herrn Starke gesagt, als er mir das vortrug: Gott segne Ihren Glauben. Ich glaube nicht, daß Sie das fertigkriegen, aber versuchen Sie es. Nun, er hat den Versuch gemacht, und zwar mit einem beschämenden Ergebnis, beschämend für uns, beschämend aber auch für die Länder. Die Länder haben uns zunächst etwas angetragen, das anzutragen wirklich nicht richtig ist. Sie haben uns angetragen, daß wir auf die nach der Verfassung uns zustehende Förderung der Wissenschaft verzichten sollen. Das Echo in der Öffentlichkeit, namentlich von den Wissenschaftlern, haben Sie gehört. (*Kiesinger*: Die Länderfinanzminister haben das angeboten, nicht die Länder!) Ich danke Ihnen für die Korrektur, Herr Kiesinger. Das eröffnet nämlich die Aussicht, (*Kiesinger*: Das ist

---

22 Starke bezeichnet den Haushalt 1962 am 23. Februar 1962 vor dem Bundesrat und am 13. März 1962 vor dem Bundestag als Übergangshaushalt, da sich die Konsequenzen aus der veränderten Finanzlage des Bundes erst im Haushalt 1963 voll zeigen würden. Vgl. Heinz STARKE u. a.: Haushaltsreden 1962 bis 1966 S. 77; Rudolf VOGEL: „Appell an die Vernunft“ in DUD Nr. 14 vom 19. Januar 1962.

schon erledigt!) daß die Ministerpräsidenten der Länder vielleicht andere Ansichten haben als die Länderfinanzminister.

Was uns von den Ländern oder Länderfinanzministern – ich kann das nicht auseinanderhalten – (*Kiesinger*: Jetzt dürfen Sie „Länder“ sagen!) zugemutet wird, wir sollten die Einnahmen höher schätzen, das ist ein billiges Mittel. Ich kann nur sagen, daß wir sehr gewissenhaft die Einnahmen geschätzt haben. Ich glaube, man kann eine höhere Einschätzung einfach nicht verantworten. Es sind mehrere Dinge darunter, über die sich Herr Starke eventuell mit den Ministerpräsidenten, die zu uns gehören, heute nachmittag auseinandersetzen kann. Ich will Sie damit nicht aufhalten. Aber das Echo, das wir vernommen haben, war bis auf diese Korrektur, die ich eben gehört habe, absolut negativ. Ich darf nun wiederholen: Die Kosten für die Flutkatastrophe waren nicht vorgesehen. Auch für die Erhöhung der Beamten- und Angestelltegehälter ist nichts vorgesehen. Wir haben bei den nicht absolut feststehenden Ausgaben 12 % gekürzt. Der Ausschuß hält das für unrealistisch, so will ich mich einmal vorsichtig ausdrücken, und möchte nun, daß gewisse andere Korrekturen vorgenommen werden hinsichtlich einer geringeren Kürzung dieser nicht gebundenen Ausgaben. Er hat z. B. etwas beschlossen, was einfach eine Verschiebung ist auf das nächste Jahr. Das sind die 270 Millionen DM der Bundesbahn. Die standen in diesem Haushalt drin. Sie sind gestrichen worden. Dann kommen sie eben nächstes Jahr als Defizit bei der Bundesbahn. Das Jahr 1963 wird unvergleichlich viel schlechter werden als das Jahr 1962; einmal weil dann geringere Steuereinnahmen sind, und zweitens weil gewisse Ausgaben notwendigerweise steigen werden, vor allem die Ausgaben für die Verteidigung.

Nun möchte ich Ihnen einige Zahlen sagen über die Steigerung der Ausgaben des Bundes seit der letzten Vereinbarung mit den Ländern über den Schlüssel zur Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer:

|                     | 1955     | 1962      |
|---------------------|----------|-----------|
| Äußere Sicherheit   | 6,1 Mrd. | 16,5 Mrd. |
| Ausgaben für Berlin | 0,8 Mrd. | 1,5 Mrd.  |
| Sozialausgaben      | 9,8 Mrd. | 14,7 Mrd. |
| Verkehr             | 1,1 Mrd. | 4,5 Mrd.  |
| Entwicklungshilfe   | –        | 2,6 Mrd.  |

Das sind Steigerungen, die wir nicht vermeiden können und die doch nach meiner Auffassung wenigstens ganz klarstellen, daß der Schlüssel des Jahres 1955 den Verhältnissen, die nunmehr eingetreten sind, nicht mehr gerecht wird. Was sollen wir dagegen machen? Wir können zweierlei tun. Wenn wir keine Hilfe von den Ländern bekommen – das Kabinett hat das beschlossen, das möchte ich ausdrücklich hier sagen –, wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf einbringen im Bundestag, um den Schlüssel zur Verteilung zwischen Bund und Ländern zu ändern. Wir können auch etwas anderes tun. Wir können die Ergänzungsabgaben einführen. Ein Prozent

bringt etwa 300 Millionen DM, so daß wir also rund fünf Prozent damit hinkriegen. Ich möchte Sie aber bitten, gerade Sie, die Sie aus den Ländern kommen, zu bedenken, welch fördernde Wirkung davon bei den Landtagswahlen für die SPD zu erwarten ist, wenn jetzt vor den Landtagswahlen diese Steuer eingeführt würde. Wir werden nächstes Jahr auf alle Fälle diese Ergänzungsabgabe erheblich erhöhen müssen, weil die Steigerung des Haushalts, namentlich des Verteidigungsetats, um mehrere Milliarden totensicher[!] ist. Dann hätten wir zweimal eine Steuererhöhung, einmal im Jahre 1962 und einmal im Jahre 1963. Das halte ich parteipolitisch betrachtet für eine ganz große Gefahr. Wir sind der Auffassung, daß wir im Jahre 1963 einmal eine Steuererhöhung vornehmen sollten. Man hat doch dann einen besseren Überblick über die Entwicklung der Wirtschaft und damit zusammenhängend auch über die Einnahmen. Man kann ferner hoffen, daß dann diese Steuererhöhung bei den Wahlen im Jahre 1965 vergessen sein wird. Wenn wir in dieser Ansicht übereinstimmen, dann glaube ich, daß auch die Mitglieder des Parteivorstandes und die Ministerpräsidenten der Länder schon aus politischen Gründen mit uns denselben Weg gehen.

Damit möchte ich einstweilen schließen und kurz folgendes Resümee zusammenfassen: Die außenpolitische Lage ist so kritisch und verworren, wie sie jemals seit dem Jahre 1949 gewesen ist. Sie zwingt und nötigt zu einer großen Steigerung der Ausgaben für die Verteidigung. Die innenpolitische Lage ist gekennzeichnet durch Schwierigkeiten in der Wirtschaft, die zur Folge haben werden im Lande ein geringeres Aufkommen an Steuern in den nächsten Jahren, die zweitens eine Preiserhöhung mit sich bringen werden, die, als Korrelat auf der anderen Seite betrachtet, eine Minderung des Wertes der D-Mark bedeutet. Hinzu kommen in diesem Jahr die Landtagswahlen, deren Ergebnis so stark auf die Bundestagswahlen einwirken wird, das aber auch von großer Bedeutung ist für die Stimmenverteilung im Bundesrat. Und nun lautet die Frage: Wie können wir den Haushaltsplan des Jahres 1962 ausgleichen? Das sind die wesentlichen Punkte. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihre Meinung dazu sagen wollten.

*Kiesinger:* Darf ich gleich als einer der verantwortlichen Regierungschefs zu der Frage des Haushaltsplanes Stellung nehmen? Ich hätte auch gerne etwas zu der Frage der Lohnerhöhungen gesagt; denn ich habe einige Erfahrungen in dieser Beziehung hinter mir. Aber dieser Punkt ist zunächst wichtiger.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, Sie dürfen etwas mehr Vertrauen zu den Ländern haben, insbesondere zu den Ländern, in denen die CDU in der Hauptverantwortung ist. Ich habe Ihnen vorhin den Zwischenruf gemacht: „Die Länderfinanzminister haben das angeboten!“ Die Länderfinanzminister konnten nichts anderes tun, als ihren Kabinetten gewisse Vorschläge zu unterbreiten. Das haben sie getan. Diese Streichung der 458 Millionen war nach meiner Meinung nicht nur ein falscher, sondern auch ein gefährlicher Vorschlag der Länderfinanzminister, die damit auch ihre Kompetenz überschritten haben. Sie haben darüber nicht zu entscheiden, sie können natürlich ihren Kabinetten Vorschläge machen. Man kann nun über diese Kompetenzverteilung stundenlang streiten, zugegeben werden muß, daß die Länderfinanzminister zunächst

einen Ball aufgenommen haben, dem der Bundesrat zugestimmt hat, der Bund habe in seinem Haushalt Millionenposten für Aufgaben, die eigentlich in der Zuständigkeit der Länder lägen. Das war sehr töricht von Herrn Starke, aber wir wollen ihm zugute halten, daß er neu ist. Diesen Ball haben die Länderfinanzminister aufgefangen und zurückgegeben. Das kennen wir ja. Und daran blieben sie zunächst kleben.

Ich habe selbst versucht bei den Beratungen im Bundesrat, mit meiner Meinung durchzukommen, daß die Länder sich bereit erklären, diesen Betrag direkt zu bezahlen. Leider habe ich mich trotz langer Verhandlungen nicht ganz durchsetzen können. Man hat nicht die Direktzahlung beschlossen, aber man hat wenigstens den Vorschlag des Finanzausschusses abgeändert, der auf Streichung der einschlägigen Titel lautete, was natürlich eine klare Kompetenzbestreitung des Bundes bedeutet. Man ließ es also bei den Titeln und strich nur die entscheidenden Ansätze. Das bedeutete – das war die allgemeine Auffassung –, man bestreitet die Kompetenz des Bundes in dieser Frage nicht, (*Adenauer*: Das steht doch im Grundgesetz!) ging aber nun diesen Mittelweg. Ich halte es nach wie vor für richtig und bin davon überzeugt, daß es im zweiten Durchgang so kommen wird, daß die Länder diesen Betrag direkt bezahlen.

Über die sonstigen Fragen nur soviel: Der Bund kann ja seine konkurrierende Gesetzgebung ausschöpfen über den Artikel 74 Ziffer 13 des Grundgesetzes.<sup>23</sup> Ich habe mir ein Gutachten darüber anfertigen lassen, was er in diesem Zusammenhang an legislativen und administrativen Möglichkeiten hätte. Das sollten sich die Länder, die auf diesem Gebiete etwas zögernd sind, einmal gründlich ansehen und durchdenken. Davon abgesehen aber glaube ich, daß es unbedingt notwendig ist, den Bund auch in dieser Verantwortung zu belassen. Selbst wenn die Kompetenz deutlicher bei den Ländern läge, wenn sie also eine Totalkompetenz hätten, dann wäre ich der Meinung, müßten die Länder so verständig sein, den Bund mit am Verhandlungstisch zu halten. Es geht jetzt um die Posten für die Wissenschaft, für die Max-Planck-Gesellschaft und für das Honnefer Modell<sup>24</sup>. Das sind die wesentlichen Fragen. (*Gerstenmaier*: Was Herr Maunz<sup>25</sup> gesagt hat, ist bundesfeindlich, ja es ist eine Häresie!) Ich sage doch, selbst wenn die Kompetenz anders läge, würde ich meinen, daß die Länder noch teilnehmen sollten. Herr Gerstenmaier hat „bundesfeindlich“ gesagt. Ich kann nicht behaupten, daß diese Überzeugung von mir allgemein ist. Aber ich kann feststellen, daß jedenfalls unter den Ministerpräsidenten großes Verständnis für diese Dinge

---

23 GG Art. 74 befaßt sich mit der konkurrierenden Gesetzgebung, wozu die Förderung der wissenschaftlichen Forschung zählt (Abs. 13).

24 1955 in Bad Honnef beschlossenes und 1957 eingeführtes Studienförderungssystem, 1971 durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz abgelöst.

25 Dr. Theodor Maunz (1901–1993), Professor für öffentliches Recht, 1937–1945 Freiburg, 1952–1969 München, 1957–1964 Kultusminister in Bayern (CSU). – Maunz erklärte bei seiner Etatrede in der 113. Sitzung des Bayerischen Landtags am 28. Februar 1962: „Was Bundesangelegenheit und was Landesangelegenheit ist, bestimmt die Verfassung, nicht die Eigenschaft eines Stoffgebietes.“ (LT Bayern Sten.Ber. 4. WP S. 3581–3597, hier S. 3596; vgl. auch „Die Welt“ vom 1. März 1962 „Maunz weist Vorwürfe zurück“).

herrscht, und zwar quer durch die Länder. Es hat seine besonderen Gründe. Ich habe ja eben den Zwischenruf gemacht, Herr Bundeskanzler; ich bitte Sie, mir das zu glauben. Die Länder hatten ihre Etats beschlossen. Die Länder müssen dabei von Schätzungen ausgehen. Sie sagten, die Schätzungen seien falsch. Wenn das so wäre, würde ihnen das auch nichts helfen; denn wenn die Schätzungen der Länder falsch wären, würden sich Defizite in den Länderhaushalten ergeben, so daß die Länder von da aus nicht fähig wären, dem Bund zu helfen.

Ich mache jede Wette mit Ihnen, daß die Schätzungen der Länder richtig und diejenigen des Bundes falsch sind, d. h., daß die Schätzungen des Bundes stark pessimistisch sind, die der Länder aber, weil sie bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne ganz nüchtern vorgehen mußten, richtig sind. (*Schmidt*: Das geschah auch in einem früheren Zeitpunkt!) Wir leben noch in den fetten Jahren, wir leben nicht in der Zukunft, sondern zehren noch von den letzten fetten Jahren. Die Länderfinanzminister haben nur die Einkommen- und Körperschaftsteuer angerührt; sie haben nichts zur Umsatzsteuer oder zu den anderen Einnahmequellen des Bundes gesagt, sondern nur dazu ihre Schätzungen abgegeben. Diese Wette mache ich um jeden Preis. Ich bin überzeugt davon, ich würde sie gewinnen.

Wir müssen uns also zusammenfinden zu einer gemeinsamen Schätzung. Bund und Länder können sich nicht gegenüber treten und sagen, ich schätze so, du schätzt so, sondern hier muß man sich zusammenfinden. Das ist leider bei den bisherigen Verhandlungen nicht gelungen. Aber das liegt nicht am einseitigen bösen Willen der Länderfinanzminister. Man hat einen Posten im Bundeshaushalt eingesetzt, der im Jahre 1963 eine Schuld zu begleichen hat. Das geht aber nicht; denn das ist nicht sauber und nicht korrekt gerechnet. Es geht auch nicht, daß man sich um 220 Millionen verrechnet. Wenn man sieben Milliarden Globalkürzungen vornimmt, dann sind 12 % nicht 620 Millionen, wie Herr Starke merkwürdigerweise ausgerechnet hat, sondern 840 Millionen. (*Niederalt*<sup>26</sup>: Das ist keine Rechnung!) Doch, wenn Sie von sieben Milliarden ausgehen und 12 % kürzen; aber ich gebe zu, daß dieser Posten von sieben Milliarden eine höchst fragwürdige Angelegenheit ist. (*Niederalt*: Sie wissen doch, daß soundso viel Titel tabu sind!) Entschuldigen Sie, wir müssen unseren Landtagen doch Rechenschaft geben. Wie wäre es, wenn wir zurückkämen und unseren Landtagen sagen würden, wir sind so bundesfreundlich und wollen diese nette Geste dem Bund gegenüber machen? (*Gerstenmaier*: Das hat Hessen eben gemacht!) Herr Bundeskanzler! Bei dem ersten Punkt handelt es sich wohl um 220 Millionen. Hier haben die Länder den Herrn Starke mit seinem eigenen Rechenfehler bedrängt. Diesen Posten halte ich also für korrigierbar. (*Gerstenmaier*: Sie meinen die 220 Millionen?) Ja, um die er sich verrechnet hat. Auch über das, was noch übrigbleibt, kann noch geredet werden.

---

26 Alois Niederalt (geb. 1911), 1953–1969 MdB (CSU), 1962–1966 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder.

Eines bitte ich mir zu glauben: Diese Dinge liegen ja nicht bei uns. Wir haben uns die größte Mühe gegeben und von vornherein erklärt: Der Bund darf nicht im Stich gelassen werden. Vielleicht ist es eine gewisse Hilfe, daß die Länder nicht von vornherein allzu spendabel waren. Die Sache geht vom Bundestag an den Bundesrat. Ich schlage vor, daß wir uns in der Zwischenzeit noch einmal zusammensetzen. (*Krone*: Im Vermittlungsausschuß?) Nein, nein, der Bund und die Länder, um zu sehen, was man an der bisherigen Rechnung noch ändern kann. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, dem ganzen Betrag zuzustimmen, aber ich könnte mir denken, daß man sich erstens einig in der Frage der Schätzung der Einnahmen ist, zweitens, daß man in dieser Frage der 12 % von sieben Milliarden ebenfalls eine Korrektur finden wird. Drittens sind wir uns durchaus bewußt, daß auch in diesem Jahr noch Aufgaben und Ausgaben auf den Bund zukommen, bei denen die Länder wieder mit im Spiel sein werden und wir uns zusammen an den Tisch setzen müssen, um sorgfältig nachzurechnen.

Ich kann jetzt nur für mein Land sprechen. Bei uns sind die Dinge so, daß dringendste Aufgaben finanziell nicht erfüllt werden können, wenn wir jetzt in die Zukunft schauen. Selbst bei unseren optimistischen Einnahmeeinschätzungen werden wir wichtigste Dinge zurückstellen müssen. Wir werden durch einen Nachtragshaushalt in eine Verschuldung kommen. Das steht jetzt schon fest. Baden-Württemberg hat z. B. eine Ausgleichsrücklage von 120 Millionen. Die werden weit überschritten werden durch die neuen Aufgaben, die auf uns zukommen und durch das, was an den Bund geleistet werden muß; denn schon nach dem, was wir dem Bund zu zahlen haben bis jetzt, würde diese Ausgleichsrücklage aufgezehrt werden.

Ich sehe keinen anderen Weg als den, daß man nicht das formelle Verfahren wählt: Bundesrat, dann Vermittlungsausschuß, das wäre unmöglich, das taugt nicht, sondern daß man sich einfach informell zusammensetzt und sieht, daß man das Mögliche dabei herausholt, was beide Partner glauben, wirklich verantworten zu können. Setzen Sie aber bitte den guten Willen unsererseits voraus.

*Adenauer*: Ich habe absichtlich keine Einzelheiten vorgetragen. Man sollte das auch nicht tun; denn dabei kommt nicht viel heraus. Ich möchte Sie nur bitten, meine Freunde, sich doch einmal klarzumachen, welchen Eindruck dies im Hinblick auf die Stimmung der Bevölkerung bei den zukünftigen Landtagswahlen haben wird. Sie wissen, daß die erste Wahl in vier Monaten in Nordrhein-Westfalen ist. Denken Sie daran, was das für einen Eindruck machen wird, wenn das Gezerre um die Hilfe von den Ländern für den Bund, der wirklich notleidend ist, jetzt noch einige Monate weitergeht. Das halte ich als Parteipolitiker für völlig untragbar. Wenn im Bundestag in der Haushaltsdebatte in der nächsten Woche dieses Thema hin- und hergerissen wird, dann wird die Sozialdemokratie aufstehen und sagen: Hessen, die sozialistisch geführte Regierung in Hessen, hat erklärt, die Länder müssen dem Bund eine Milliarde DM geben. Wie stehen Sie dann von den Ländern da? Hier ist keine sozialistisch geführte Regierung, hier ist eine Regierung, in der die CDU/CSU führend und maßgebend ist. Wir sind nun durch diese schreckliche Steigerung der Verteidigungskosten

in Verbindung mit einer Abflachung der Wirtschaft – ich will mich ganz vorsichtig ausdrücken – in diese Situation gekommen. Und dann kommt ausgerechnet Hessen und sagt: Wir erkennen das an und sind bereit, ... (*Kiesinger*: Es kommt nicht nur Hessen, es kommen auch Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Ich habe eben gesagt, ob man es auf dem Wege von Hessen durch eine Erhöhung von 35 auf 38 % macht oder auf dem Wege, den ich vorgeschlagen habe, nämlich eine gründliche Tatsachenforschung treibt, das ist eine Sache für sich. Hessen hat beim Kulturretat im Bundesrat mitgemacht und wäre bereit gewesen, mit Baden-Württemberg zusammen eine Direktzahlung des Betrages von 450 Millionen an den Bund zu beschließen.) Herr Kiesinger, Sie haben mich mitten im Satz unterbrochen! Ich kann nur nochmals wiederholen, nehmen Sie Ihren Kalender zur Hand. Nächste Woche haben wir im Bundestag die Haushaltslesung. Der Haushalt ist nicht ausgeglichen. Die Debatte wird sich darauf erstrecken, was schlägt die Bundesregierung vor, wie man das Defizit deckt. Die Sozialdemokraten können dann sagen: Der sozialistisch geführte Staat Hessen ist bereit, das und das zu tun, aber die von der CDU geführten Länder wollen erst noch langwierige Verhandlungen über einzelne Posten machen, und zwar zwischen der Verabschiedung des Haushalts im Bundestag und dem zweiten Durchgang beim Bundesrat. Das ist nach meiner Meinung eine ganz unmögliche Konstruktion. (*Kiesinger*: Warum denn, um Himmels willen?) Weil ich unsere Partei nicht in Mißkredit bringen will. (*Kiesinger*: Sie wissen doch gar nicht, ob bei unserem Vorschlag mehr herauskommt. – *Schmidt*: Die 3 % reichen sowieso nicht aus!) Ich kann nur sagen, das ist von der Parteioptik aus betrachtet einfach nicht tragbar. (*Krone*: Können Sie etwas Konkretes sagen? – *Kiesinger*: Mehr kann ich nicht sagen. Ich habe immer den Eindruck, Herr Bundeskanzler, wenn man Ihnen entgegenkommt – so war es nach meiner Meinung auch damals beim Fernsehstreit, da habe ich dasselbe gesagt –, setzt man bei uns immer schlechten Willen voraus.) Drücke ich mich denn so schlecht aus, oder wollen Sie mich nicht verstehen? Ich habe noch gar nichts gesagt über das Procedere, sondern nur erklärt, es ist unmöglich für unsere Partei, daß bei der ersten Lesung des Haushaltsplanes im Bundestag die Sozialdemokratie sagen wird: Wir erkennen das an, Hessen hat das und das befürwortet. (*Kiesinger*: Das sagen sie gar nicht, das ist unrichtig!) Nun lassen Sie mich doch bitte aussprechen! Sie sprechen von Unrichtigkeit. Ich habe Ihnen auch keine Unrichtigkeit vorgeworfen. Sie sind eben mit dem Fernsehen gekommen. Bitte provozieren Sie mich nicht mit der Fernsehsache. Ich schweige von der Fernsehsache. Aber es hat mich eine große Überwindung gekostet – das möchte ich den Herren hier doch sagen –, daß der Bund vier Leute benannt hat. Das hat er nur um des lieben Friedens willen getan, damit sie eine Mehrheit haben, die Sie nur auf dem Papier haben, aber nicht in Wirklichkeit.

Aber lassen Sie mich das konkret nochmals sagen: Wenn in der ersten Lesung des Haushaltsplanes festgestellt wird, daß wir ein Defizit von über eine Milliarde DM haben, dann wird die Sozialdemokratie sagen – ich nehme ihr das gar nicht übel, daß sie das sagen wird –, wir Sozialisten erkennen an, daß der Bund an der Spitze



stehen muß. Das Wichtigste ist, daß das beachtet wird. Deswegen hat das sozialistisch geführte Land Hessen das und das vorgeschlagen. Und wir können dann nur sagen – wenn die anderen CDU-Ministerpräsidenten Ihnen beipflichten –, wir müssen uns, wenn der Haushalt im Bundestag in dritter Lesung verabschiedet ist, vor dem zweiten Durchgang im Bundesrat ... (*Kiesinger*: Das habe ich nicht gesagt, sondern „während“!) Sie haben gesagt: vor dem zweiten Durchgang. (*Kiesinger*: Zwischen den Verhandlungen bis zum zweiten Durchgang!) Verzeihen Sie, Herr Krone hat ausdrücklich eine Frage gestellt nach dem Vermittlungsausschuß, und da sagten Sie ... (*Schmidt*: Nein, vorher! – *Kiesinger*: Von vornherein! – *Blumenfeld*: Das war eindeutig!) Das ist mir gleichgültig. Es bleibt dabei stehen. Und das halte ich für die Landtagswahlen unmöglich und nicht tragbar. Das wirft auf den Zusammenhalt unserer CDU den denkbar schlechtesten Schein in der ganzen Bundesrepublik. Das ist parteipolitisch nicht möglich. Sie gefährden damit die ganzen Landtagswahlen. Nordrhein-Westfalen steht nicht so glänzend da. (*Kiesinger*: Ich bin derjenige, der am weitesten geht von allen CDU-Ministerpräsidenten.) Ich sage das doch nur und mache Ihnen persönlich überhaupt keinen Vorwurf. (*Kiesinger*: Doch, Herr Bundeskanzler! Das ist ein ungeheuerlicher Vorwurf: „Sie gefährden die ganzen Landtagswahlen!“) Wir werden ja sehen, was heute nachmittag herauskommt. Daß Herr Meyers es nicht der Mühe wert hält, hierher zu kommen, das finde ich ungeheuerlich.

*Kiesinger*: Ich darf nochmals zur Klarstellung sagen. Der Vorschlag von Hessen, nämlich eine Erhöhung von 35 auf 38 %, genügt nach meiner Meinung nicht. Der hessische Vorschlag wird dem Bund nicht gerecht. Ich bin – und das ist jeder meiner Kollegen – verantwortlich meinem Parlament. Sie müssen bedenken, in welche Lage die Länderparlamente geraten, deren Urrecht doch die Haushaltsbewilligung ist. Wenn hinterher eine Nachforderung kommt, dann können die Länderparlamente nichts anderes mehr als Ja sagen. Sie haben keine Möglichkeit, im einzelnen nun zu vergleichen, welchen Rang hat das und das. Denken Sie an die großen kulturellen Aufgaben. Deshalb müssen wir genau rechnen. Wir müssen sagen: Das und das ist uns möglich. Wir müssen auch herausnehmen dürfen die nicht korrekten Rechnungsposten, die uns der Bund vorgelegt hat. Wir müssen es nachrechnen, es geht nicht anders. Deswegen sehe ich keine andere Möglichkeit, wenn wir richtig helfen wollen, als daß wir uns jetzt so schnell wie möglich zusammensetzen und sagen, so wird es gemacht. Dann hat das, davon bin ich überzeugt, auf die kommenden Landtagswahlen einen guten Eindruck.

*Gerstenmaier*: Ich möchte Herrn Kiesinger insofern zustimmen, als ich den Eindruck habe, daß er natürlich hier in einer Situation ist, die seiner persönlichen Linie eigentlich nicht entspricht. Er spricht hier weitgehend für eine Gemeinsamkeit des Bundesrates und andererseits für die CDU-Ministerpräsidenten, die heute nicht hier sein können. Auf der anderen Seite ist es peinlich, mein lieber Kollege Kiesinger, wenn ausgerechnet in einem Augenblick, in dem wir uns in dieser Schwierigkeit befinden, Hessen mit seinem Vorschlag als der große Bundesretter auftritt. (*Altmeier*: Das stimmt ja nicht!) Wir sollten deshalb dafür sorgen, daß möglichst schnell, noch bevor

die Haushaltsdebatte im Bundestag beginnt, dieses Bild verschwindet. Deshalb hat es doch über das Sachliche hinaus auch eine große taktische Bedeutung.

Sie sind sich mit dem Bundeskanzler darin einig, daß wir diese Möglichkeit schnell korrigieren müssen. Auf der anderen Seite muß ich sagen, daß Ihre Position natürlich immer wieder unerhört überbelastet ist. Ich kann nur sagen, wenn solche Erklärungen kommen, meine Herren Ministerpräsidenten, wie sie der bayerische Kultusminister Maunz bei seiner Etatrede im bayerischen Landtag gebracht hat<sup>27</sup> – Herr Maunz hat immerhin einen Kommentar zum Grundgesetz geschrieben –, dann geht es hier nicht mehr nur um Zahlen und um Fragen, die jetzt zwischen Herrn Kiesinger und dem Herrn Bundeskanzler kontrovers sind, nämlich wie man 1,5 Milliarden DM heute oder morgen ausgleichen kann, sondern es handelt sich um eine ganz grundsätzliche Frage, an der wir schon seit Jahren leiden, die aber irgendwann einmal aus der Welt geschafft werden muß. Herr Maunz sagte vor dem bayerischen Landtag, daß nicht sachliche und faktische Notwendigkeiten der Fachgebiete entscheidend sein dürften, sondern daß grundsätzlich Kompetenzen entscheidend sein müßten im Blick auf die Wissenschaft und die kulturellen Fragen, und daß für die deutsche Kultur im ganzen keineswegs der Bund, sondern die Länder im ganzen zuständig seien.

Hier konstatiere ich eine Verletzung des Grundgesetzes. Es ist jedenfalls eine Behauptung, für die es im Grundgesetz nicht die mindeste Basis gibt. Wenn wir uns über diesen Punkt im Grundsatz verständigen könnten, würden uns die Hin- und Her-Arrangements nicht so sinnlos belastet haben, wie sie es jetzt tun. Aber das ist das Politikum an der Sache. Nicht die Zahl, sondern das ist das Politikum. Und das geht nicht, Herr Altmeier, das ist verfassungswidrig; das ist bundesfeindlich! Was der Herr Maunz gesagt hat, ist unmöglich. Das ist eine staatenbündische Kompetenz, die hier nicht in Frage kommt. Das können wir nicht tun, wenn wir dem Grundgesetz treu sein wollen. Das ist die Linie, die sich darüber hinaus auswirkt auf ganz Deutschland. Schaffen Sie das aus der Welt!

Ich muß sagen, daß leider diese Töne von der CDU-Seite mehr kommen als von den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten sind in diesem Punkte zurückhaltender. Es gibt nur einen Fanatiker unter ihnen, das ist Herr Arndt<sup>28</sup>, der mit diesen Gedankengängen liebäugelt. Aber man sollte das bei uns endlich aus der Welt schaffen.

Ich habe in diesen Tagen – da ich nicht sach- und fachkundig bin – mit großem Interesse einen Artikel vom Kollegen Vogel<sup>29</sup> gelesen: „Explodiert das Budget an der politischen Meinung?“ Ich muß sagen, ich finde diesen Artikel höchst instruktiv. Herr

<sup>27</sup> Vgl. Anm. 25.

<sup>28</sup> Dr. Adolf Arndt (1904–1974), 1949–1969 MdB (bis 1963 Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1956–1964 Mitglied des SPD-Vorstands, 1963–1964 Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 76 Anm. 51.

<sup>29</sup> Dr. Rudolf Vogel (1906–1991), 1945–1947 Arbeitsamtsleiter in Ulm und Ludwigsburg, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1964 MdB (CDU, bis 1953 Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films), 1968–1969 Staatssekretär im Bundesschatzministerium. Erinnerungen in: ABGEORDNETE 4 S. 231–304.

Vogel hat da nicht phantasiert. Sie werden wahrscheinlich mit ihm strittig sein über die Zahlen usw. Danach beträgt das Guthaben des Bundes bei der Bundesbank im Januar 650 Millionen, das Guthaben der Länder aber 4,2 Milliarden. Dabei hat er schon 1,4 Milliarden abgezogen, damit es nicht ganz so unpopulär aussieht. Ich habe mir zwanzig Punkte von Herrn Vogel notiert. Ich kann nur sagen, das hat Räson, der Mann zeigt, daß uns wirklich der Sauerstoff ausgeht in diesem Staat. (*Kiesinger*: Ich bin bereit, darüber zu diskutieren!) Jedenfalls meine ich, daß wir von der CDU aus diesen hessischen Vorschlag überbieten und von 3 auf 5 % gehen sollten; sagen wir, vorübergehend etwa 5 %. Ich weiß nicht, ob Sie das für möglich halten.

*Krone*: Ich will nicht prüfen, ob man die Steuerschätzungen zu hoch gemacht hat, auch nicht, ob die Anleihe in ihrer Höhe richtig ist. Immerhin sind diese Ansätze zusammen mit Herrn Blessing gemacht worden. Es kommt darauf an, daß wir in der nächsten Woche in der Haushaltsdebatte des Bundestages das Richtige sagen. Was der Herr Bundeskanzler vermeiden möchte, ist doch, daß in der Haushaltsdebatte wir keine Antwort geben können über die Frage der Deckung. Es wäre also gut, wenn wir heute Ihre Bereitschaft dazu etwas näher konkretisieren könnten; denn sonst heißt es, die CDU versucht es erst, und wir können als Regierungspartei noch nicht einmal eine entsprechende Antwort geben.

*Schmidt*: Ich möchte einige Bemerkungen zum Procedere machen. Es ist doch so, daß wir im Grunde genommen alle Probleme immer wieder vor uns herschieben, ohne eine politische Entscheidung zu treffen. Wie ist es mit der Abklärung der Kompetenzen auf dem kulturpolitischen Gebiet? Der Bundestag hat beschlossen, die Regierung möge das prüfen. Sie hat es bis heute noch nicht getan. Ich erinnere mich, daß wir bis zu den Vorarbeiten dieses Haushaltsplanes unter uns völlig unklar darüber waren, wie wir hinsichtlich der kulturpolitischen Kompetenzen taktieren sollen, weil wir Sorge hatten, daß sich Meinungsverschiedenheiten unüberbrückbarer Art ergäben. So machen wir es sehr häufig und lassen die Dinge gerade bis an den Punkt kommen, wo die Explosion geschehen muß. Wir müssen deshalb zunächst einmal von uns aus lernen, eine ganz andere Disziplin gegenüber der Lösung sachlicher Fragen einzuhalten, als wir es bisher getan haben. Das war erstens.

Zweitens, glaube ich, bestehen keine Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Procedere zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Kiesinger insofern, als sie der Meinung sind, daß alles getan werden soll vor dem nächsten Dienstag<sup>30</sup>, was zur Klärung der Dinge beitragen kann. Ich bin davon überzeugt, daß diese Klärung herbeigeführt wird. Und was bis zum Dienstag nicht geklärt sein sollte, kann in Verhandlungen informeller Art geschehen. Wenn das nicht klappen sollte, dann gibt es noch immer die letzte Notbremse des Vermittlungsausschusses, um die Dinge zu klären. Ich bin aber der Meinung, daß man es gar nicht auf die Klärung des Vermittlungsausschusses ankommen lassen sollte.

---

30 Einbringung des Haushaltsgesetzes 1962 (Drs. IV/200) am 13. März 1962 – Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 610–621. Vgl. SPD-Fraktion S. 70 f.

Drittens: Wir haben eine besondere Art, die Dinge zu komplizieren, indem wir mit einer Frage alle möglichen weiteren Probleme verbinden. Wir dürfen uns in diesem Augenblick unter keinen Umständen darauf einlassen, nun zu meinen, wir müßten das ganze Problem der Finanzverfassungsreform ansprechen, sondern was wir im Augenblick tun müssen, das ist die Klärung der Deckungsfrage, und zwar mit dem guten Willen der Länder.

Ich bin nicht der Meinung, daß dieser Bundeshaushalt unter politischen Gesichtspunkten vorrangig aufgestellt ist, sondern real, und zwar als ein Kompromiß der Bürokraten untereinander, die die politischen Voraussetzungen nicht gesehen haben. Wir sind der Auffassung, diese Zwischenzeit, die möglichst zwei Jahre betragen sollte, müssen wir benutzen, um nicht das Problem der Finanzverfassungsreform immer weiter nach vorn zu schieben, sondern ernsthaft anzupacken, und zwar zunächst in unserem Kreise und dann auf der Ebene zwischen den Ländern und dem Bund. Wenn wir so verfahren, geht die Sache in Ordnung. Wenn wir dazu noch die Bereitschaft der Länder zum guten Willen unterstellen, kommen wir auch zum Ziel.

*Niederalt:* Als Mitglied des Haushaltsausschusses hätte ich zu vielen Punkten etwas zu sagen. Ich möchte aber meine Gastrolle heute nur dazu benutzen, den Punkt etwas zu klären, der mit dem Vorschlag von Hessen zum Ausdruck kommt. Wir müssen genau sehen, warum dieser Vorschlag von Hessen kommt. Hessen hat diesen Vorschlag über die Erhöhung des Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 3 % deshalb gemacht, weil es genau weiß, daß in diesem Haushaltsplan 1962 das Defizit des Bundes nicht so groß ist, wie es im Haushaltsplan des Jahres 1963 sein wird. Würden wir, so sagt Hessen, erst im Jahre 1963 eine Änderung des Schlüssels vornehmen, dann kämen 6 oder 7 % heraus. Und da im Grundgesetz steht, daß eine solche Regelung, die im Jahre 1962 getroffen wird, Gültigkeit für zwei Jahre hat, sind wir sicher, daß der böse Bund in dieser Zeit nicht wieder mit einer Forderung kommt. Das ist die Meinung von Hessen, obwohl ich noch mit keinem von Hessen darüber gesprochen habe. Aber ich nehme das an, weil vor drei Wochen der bayerische Finanzminister Eberhard, als wir in einer kritischen Situation zusammensaßen, gesagt hat: Wenn du schlau wärest vom Standpunkt Bayerns aus, müßtest du sagen, jetzt erhöhen wir den Anteil auf 3 oder 4 %. Dann kann der Bund im Jahre 1963, wenn das Manko des Bundes noch größer sein wird, nicht mehr mit einer Forderung kommen. – Das ist also die Situation, und die müssen wir ganz klar sehen, sonst reden wir aneinander vorbei.

Herr Bundeskanzler! Wenn am nächsten Dienstag oder Mittwoch im Bundestag dieses oder jenes zu diesem unschönen, beinahe unmöglichen Haushalt gesagt wird, so muß ich dazu sagen, es ist darüber schon soviel geschrieben und gesagt worden, daß das gar nicht ins Gewicht fällt. Wenn es gelingen sollte – und bei der grundsätzlichen Bereitschaft der Länder hat es den Anschein, als ob es gelinge –, im Laufe der nächsten Woche zu einem vernünftigen Deckungsvorschlag zu kommen für das Jahr 1962, bin ich der Meinung, daß wir uns gerade vom Standpunkt des Bundeshaushaltes mit diesem Vorschlag einverstanden erklären sollten. Wir sollten im Jahre 1962 noch

nicht auf den Artikel 106 des Grundgesetzes zurückgreifen.<sup>31</sup> Wir müssen also, mit anderen Worten, im Jahre 1962 ein bißchen provisorisch arbeiten und im Jahre 1963 ziehen wir uns auf die Plattform des Grundgesetzes zurück.

*Gurk:* Ich bin auch der Meinung, daß wir im Jahre 1962 zu einer provisorischen Regelung kommen sollten. Ich bedaure es, daß es den Anschein hat, als ob diese Aussprache, die von beiden Seiten mit dem besten Willen geführt wird, fast einen persönlichen Charakter angenommen hätte. Das war gar nicht nötig.

Ich schlage vor, daß sich ein kleiner Kreis in einen Nebenraum zurückzieht, um dort weiter zu beraten. Der gute Wille ist doch da, und es kann eine Lösung gefunden werden. Wir kommen doch alle hierher, um eine Verständigung herbeizuführen.

Wir sehen auch nicht ohne Besorgnis, daß vom Bund her eine Art, ich will nicht sagen Mißstimmung, aber doch ein Unwille ausgeht. Wir haben alle das größte Interesse daran, daß die Bundesregierung und die Bundespartei aktive Impulse an das Land geben. Seien Sie überzeugt, Herr Bundeskanzler, dieser Wille zu einer Verständigung ist vorhanden. Das klang auch in den Ausführungen von Herrn Kiesinger dem Grunde nach heraus. (*Kiesinger:* Nicht nur dem Grunde nach, auch nach der Interpretation; sogar im Detail!) Ich darf wiederholen, Herr Bundeskanzler. Bitten Sie eine Gruppe von Experten, jetzt in einen Nebenraum zu gehen. Dann werden Sie überrascht sein, wie schnell eine Lösung in dieser Frage gefunden werden kann.

*Burgbacher:* Nachdem sich das Land Hessen geäußert hat, verstehe ich das Anliegen des Herrn Bundeskanzlers so, daß er es bedauern würde, wenn die Bundestagsdebatte ohne eine klare Stellungnahme der der CDU angehörenden Länderchefs erfolgte. Ich halte das auch für richtig. Ich bin der Meinung, daß jetzt unsere Freunde in den Landesregierungen nicht sagen können, sie müßten erst den Bundesrat hören; denn Hessen hat das auch nicht für nötig gehalten. Wenn sich das Land Hessen öffentlich auf eine Erhöhung festlegt, dann können unsere Ministerpräsidenten nicht schweigen, sondern müssen auch eine entsprechende Erklärung abgeben, wobei die Frage, ob 3 oder 5 %, nicht in diesem Jahre behandelt werden muß. Aber es müßte aus der Erklärung klar hervorgehen, daß die zu uns gehörenden Landesregierungen zu einem Ausgleich bereit sind.

Es handelt sich auch um eine sehr wichtige politische Frage. Es geht nach meiner Auffassung nicht, daß in den Länderhaushalten mit einer Zuwachsrate von 18 % und im Bundeshaushalt mit einer solchen von 15 % gerechnet wird. Das kommt draußen nicht an. Es kann also nicht bei dem einen so und bei dem anderen so sein. Ich neige hier zu der Meinung, daß die Länder recht haben und daß der Bund nicht recht hat. Hier wird – es ist schwer, das im Rechtssinne zu beweisen – im Grunde genommen die alte Schäffersche Tradition fortgesetzt; es wird also weniger angesetzt als einkommt. Ich meine, in den Bundeshaushalt müssen die eben erwähnten 18 % hinein. Danke!

---

31 GG Art. 106 regelt das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben des Bundes und der Länder. – Zitat des Absatzes 4 auf S. 187.

*Adenauer:* Ich danke nicht, Herr Burgbacher! Ich möchte zunächst auf Herrn Niederalt zurückkommen. Er hat hundertprozentig recht. Das ist ein schlauer Schachzug von Herrn Zinn, der sagt, wir wollen jetzt den Schlüssel um 3 % erhöhen, weil er dann nach dem Grundgesetz auch für das nächste Jahr gelten muß; und im nächsten Jahr brauchen wir mehr. Aber davon abgesehen, würden wir im nächsten Jahre, vielleicht jetzt schon, zu einer Ergänzungsabgabe, zu einer neuen Steuer kommen, im nächsten Jahre können wir das, was die Wahl angeht – wie ich hoffe – verdauen, weil die Bundestagswahlen erst im Jahre 1965 sind.

Ich möchte aber nochmals betonen: Es ist unmöglich, daß der Sprecher der CDU-Fraktion im Bundestag in der nächsten Woche keine Erklärung abgeben, sondern nur die Hoffnung aussprechen kann: Wir hoffen, daß es gelingt, mit den Ländern irgendwie einig zu werden. – Das ist doch für unsere Partei nicht gut. Es wird zurückschlagen auf die Landesregierungen. Das ist meine felsenfeste Überzeugung. Es geht also darum, daß diese Erklärung in der nächsten Woche abgegeben werden kann.

*Dichtel:* Wir sind uns darüber im klaren, daß die Sicherheitsaufgaben in den nächsten Jahren dem Bund Belastungen auferlegen werden, die dieser ohne die Hilfe der Länder nicht durchführen können. Man wird also dem Bund helfen müssen. Herr Kiesinger hat für das Land Baden-Württemberg und wahrscheinlich auch für die Ministerpräsidenten der anderen Länder die Bereitschaft zum Helfen ausgesprochen. Er hat die Erklärung abgegeben, aufgrund von Verhandlungen so bald wie möglich eine Situation zu schaffen, die dem Bund hilft.

Das sollte heute irgendwie angenommen werden. Darin sollte man die Bereitschaft der Länder sehen. Man sollte Herrn Kiesinger aber nicht zum Prügelknaben für die Länder machen. Ich habe einige Jahre mit am Landesetat von Baden-Württemberg gearbeitet. Die Verhältnisse sind nicht immer so gewesen wie in den letzten zwei Jahren. Es hat Zeiten gegeben, wo es sehr schwer gewesen ist, einige hunderttausend Mark für einen bestimmten Zweck bereitzustellen. Es gab eine Zeit, da ging es dem Bund besser. Und wenn nun die Länder helfen sollen – und sie müssen helfen –, dann muß der Bund verstehen, daß er seine Erhöhung nicht anders ansetzen kann, wie sie auch die Länder ansetzen. Wenn unsere Deckung nicht stimmt, geraten wir in ein Defizit hinein.

Eine Globalkürzung von 12 % ist nicht drin; die ist unrealistisch. Ich gebe zu, es kommen Ausgaben wie die für die Flutkatastrophe, für den Grünen Plan usw. Die gleichen Dinge kommen aber auch auf die Länder zu. Und dafür haben wir auch keine Deckung. Wir sollten uns also nicht auseinanderreden, sondern versuchen, in möglichst konkreter Form dem Bund zu helfen. Dazu sind die Länder bereit. (*Zuruf:* Aber wie?) Allerdings muß ich sagen, Herr Kiesinger hat heute keine verbindliche Verpflichtung angemeldet. Bei den politischen Verhältnissen in unserem Lande – wir haben nicht die Mehrheit<sup>32</sup> – müssen wir mit den Koalitionspartnern rechnen. Wir

---

32 Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg vom 15. Mai 1960 (Wiederholungswahl

werden aber tun, was wir tun können und versuchen, daß die Dinge beschleunigt werden.

In dem Kommuniké können wir darauf hinweisen. Ich möchte darum bitten, den Ländern heute keine Note zu geben. Man könnte sagen, es besteht Übereinstimmung darüber, daß in kürzester Frist diese Frage bereinigt werden muß. Das wäre dann eine Grundlage für den Sprecher der CDU-Fraktion im Bundestag in der kommenden Woche.

Man kann zu dem Vorschlag von Hessen stehen, wie man will, jedenfalls ist er edlen Motiven nicht entsprungen. Wir können aber jetzt nicht dagegen angehen, indem wir sagen: Hessen bietet 3 %, aber wir bieten 5 %, sondern wir werden über das eine oder andere mit dem Bund reden müssen. Dann werden wir, glauben Sie es mir, Herr Bundeskanzler, von der Länderseite her in Anbetracht der gemeinsamen Verantwortung auch die richtige Lösung finden.

*Adenauer:* Ich möchte dazu etwas sagen. Wir stehen jetzt vor den Ländern als Bettler da. Es wird uns von den Ländern, insbesondere von den Länderfinanzministern, gesagt: Wir wollen euren Etat mal durchsehen. – Nun, meine Damen und Herren, es hätte jemals ein Bundesfinanzminister riskieren sollen, das einem Länderfinanzminister zu sagen. Dann hätte ich das Geschrei mal hören wollen. (*Kiesinger:* Das ist doch kein Vergleich!) Wollen Sie mich bitte aussprechen lassen, Herr Kiesinger! Sie sind in einer merkwürdigen Unruhe heute. (*Kiesinger:* Im Gegenteil! Ich bin ganz ruhig!) Ich muß Ihnen sagen, was in der Bundesregierung empfunden wird. In der Bundesregierung wird das Verhalten der Länder gegenüber dem Bund und werden die Bemerkungen, die dazu gefallen sind, als nicht übereinstimmend mit dem Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern betrachtet. (*Unruhe und Bewegung.*)

*Barzel:* Ich konnte mich, weil ich seit drei Monaten über meiner Studie brüte, kaum mit dem Haushalt beschäftigen. Ich kann nur sagen, daß hier ein Punkt erreicht ist, wie er sich in dieser Debatte zeigt, der für uns schlechterdings essentiell ist, welches Problem wir auch aufgreifen.

Meine Damen und Herren! Wenn es uns nicht gelingt, daß Problem Bund/Länder in der Partei und im Staat ein bißchen anders zu lösen, dann sehe ich wirklich schwarz. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Sie haben, Herr Bundeskanzler, auf den öffentlichen Dienst hingewiesen. Soll nun der Bund in den Fragen des öffentlichen Dienstes vorprellen oder nicht? Ich kann es nicht beurteilen. Ich will die Probleme nicht aufreißen. Ich will auch nicht vom Fernsehen und der Intendantengeschichte<sup>33</sup> sprechen, auch nicht über die Parteireform zwischen Bundespartei und Landesparteien.

---

am 12. März 1961) erreichte die CDU 39,5 %, SPD 35,3 %, FDP/DVP 15,8 %, GB/BHE 6,6 %. – Kurt Georg Kiesinger (CDU) bildete eine Koalition aus CDU, FDP/DVP und GB/BHE. Vgl. FISCHER 1 S. 109 f.

33 Konstituierung des Fernsehrats des „Zweiten Deutschen Fernsehens“ und Wahl des Ausschusses zur Vorbereitung der Intendantenwahl sowie der Mitglieder des Verwaltungsrats am 6. Februar 1962 in Mainz (AdG 1962 S. 9662 f.). Intendant wurde Karl Holzamer.

Ich möchte aber sehr herzlich darum bitten, wenn es einen Aspekt für Politik gibt, dann ist es der, daß wir führen und die Wahlen gewinnen. Und zum Führen gehört vor allen Dingen, daß wir uns zwischen dem Bund und den Ländern vorher verständigen, welchen Weg wir von der CDU zu gehen haben. Dies ist für uns ein Integrationsproblem, das wir unbedingt lösen müssen! (*Schmidt*: Sehr gut!) Ich würde also davor warnen, das Verhältnis Bund/Länder im Sinne einer radikalen Trennung zu sehen. Es besteht hier eine wechselseitige Verflechtung. Ich kann aber auch nur intern in diese ganzen Probleme hineinsehen. Was kann dieser Bundesvorstand machen? Er kann das Wie und das Konkrete hier jetzt nicht beschließen, nur weil wieder einmal die Presse sehr hochgeschraubte Erwartungen an diese Bundesvorstandssitzung stellt und offensichtlich auch noch die hessische Erklärung in unsere Sitzung hineinspielt.

Wir können aber einen Beschluß fassen, der in einem Kommuniqué in drei Punkten Ausdruck findet:

1. Ein Wort über die Lage, die es erforderlich macht, den Wehretat zu vergrößern. Dann zwei Sätze darüber, daß der Wehretat ein sehr wichtiger Teil des Gesamthaushalts ist. Das muß eine wirksame Formulierung sein, die dem Bund ein gewisses Vorrecht gibt und die auch den Ministerpräsidenten in ihren Landtagen die Situation erleichtert, daß wir nicht aus Großmannssucht, sondern aus zwingender Notwendigkeit an die Dinge herangehen.
2. Der hessische Vorschlag ist unzureichend. Das muß sofort von der Partei aus erklärt werden. Was die Bundesregierung nach dem Vorschlag tut, ist eine zweite Frage.
3. Sollten wir sagen, daß wir einig darüber sind, daß der Bundeshaushalt ausgeglichen werden muß unter sparsamsten Bedingungen durch die Hilfe der Länder. Über das Wie und die Konkretisierung soll dann mit den Ministerpräsidenten gesprochen werden.

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich mich als Nichtfachmann hier eingemischt habe.

*Altmeier*: Es wäre nach meiner Meinung verfrüht, jetzt schon über ein Kommuniqué zu sprechen. Wir sind jetzt mitten in der Sache drin. Ich möchte zunächst einmal das mehrfach erwähnte Beispiel von Hessen aufgreifen. Wir sollten da keine Überbewertung vornehmen. Wenn der hessische Finanzminister jetzt schreibt, er wolle von 35 auf 38 % für einige Jahre erhöhen, dann hat er im wesentlichen nicht mehr angeboten als das, was die Länder in ihrem Bundesratsbeschluß mit rund 838 Millionen zum Ausdruck bringen. Das ist immerhin ein freiwilliges Geschehen, das ungefähr 2,5 % ausmacht. (*Gerstenmaier*: Die bringen uns aber nicht über die Hürde!) Man soll aber nicht sagen, Hessen hat jetzt die Lösung gefunden. Das wäre eine absolut falsche Bewertung, wenn man hier in diesem Augenblick von dem Beispiel Hessens, dem ich keinerlei Bedeutung zumesse, ausgehen wollte.

Kollege Kiesinger und ich sind von den sechs CDU-Ministerpräsidenten allein hier. Deshalb mögen mir einige Worte gestattet sein in aller Vorsicht, die ich mir immer zu eigen gemacht habe. Ich meine, Herr Kiesinger, Sie haben vielleicht –



das würde für Sie sprechen – die Auffassung unserer Kollegen zu optimistisch eingeschätzt. Wenn Sie von den Finanzminister-Besprechungen gesprochen haben, dann ist es richtig, daß wir auf der letzten Konferenz der Ministerpräsidenten<sup>34</sup> uns ausdrücklich von den öffentlichen Erklärungen der Finanzminister in dem Sinne, als wenn bei ihnen schon eine Entscheidung läge, abgesetzt haben. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, ihnen mit aller Klarheit zu sagen, daß sie zwar Beschlüsse fassen können, die aber nur zur Weiterleitung an die Kabinette bestimmt sind.

Ich muß auch noch sagen, daß in der Besprechung im Bundesrat, den Etat in Höhe von 1,74 Milliarden DM auszugleichen, zweifellos auch unsere Kollegen einen sehr scharfen Standpunkt eingenommen haben, der sich nicht immer mit dem Optimismus deckt, den Sie eben hier vorgetragen haben, Herr Kollege Kiesinger. Das möchte ich ausdrücklich klarstellen.

Wenn ich nun zu dem Vorschlag als solchem, zu dem Tableau von 1,74 Milliarden, die zur Debatte stehen, etwas sagen soll ... (*Gerstenmaier*: Verzeihen Sie, wenn ich unterbreche! Bedeutet Ihre vorsichtige Formulierung, daß auch von unserer Seite in diesem Kreis die Meinung besteht, daß man dieses Bedürfnis des Bundes auf keinen Fall von seiten der Länder honoriert?) Ich halte die ganze Form, wie sie hier vorgetragen wurde, für bedauerlich, weil sie erneut, ohne daß wir es zu verantworten haben, in der Öffentlichkeit Streit zwischen dem Bund und den Ländern gebracht hat. Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht gesagt, es handelt sich um eine freiwillige Leistung. Sie ist nicht gesetzlich fundiert. Sie ist auch dann nicht gesetzlich fundiert, wenn Sie im Bundestag beschließen: 1,74 Milliarden Beitrag der Länder. – Dann ergibt eine Ausrechnung, daß auf das einzelne Land soundso viel entfallen würde. Diese Summe steht in keinem Etat der Länder. Sie ist auch nicht gesetzlich fundiert. Sie hängt von der Zustimmung oder von der Ablehnung der Länder ab. Das müssen wir klar sehen, um zu erkennen, daß der Weg, der hier beschritten wird, falsch ist, und zwar aus zwei Gründen. Einmal sagt Artikel 106 Absatz 4 des Grundgesetzes – und deshalb kann ich nicht zugeben, daß der Bund als Bettler kommt – ganz genau das, was zu geschehen hat, nämlich:

„Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, soll das Beteiligungsverhältnis an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer (Absatz 3) geändert werden, wenn sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Bundes und das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Länder unterschiedlich entwickeln und in der Haushaltswirtschaft des Bundes oder der Länder ein so erheblicher Fehlbedarf entsteht, daß eine entsprechende Berichtigung des Beteiligungsverhältnisses zugunsten des Bundes oder zugunsten der Länder geboten ist.“

Es muß also ein Bundesgesetz gemacht werden. Und das Bundesgesetz gibt jedem Parlament die gesetzliche Grundlage, um durch ein solches Gesetz die Verpflichtung zu übernehmen. Das ist zunächst zu sagen zum rein Verfassungsrechtlichen.

---

34 Am 23. Februar 1962 (ACDP I-226-466).

Und nun streiten wir uns. Sie glauben, wenn die fünf Ministerpräsidenten jetzt sagen: Das machen wir so – dann sei es gut. Ich will Sie vor der Auffassung bewahren, als ob sie dann gesichert seien. Wir müssen in jedem der elf Kabinette, wenn eine solche Leistung zustande kommen sollte, dies durch einen Nachtragshaushalt – die Haushalte sind bereits abgeschlossen – gesetzlich fundieren. Wie dann die fünf von der SPD regierten Länder im einzelnen darauf reagieren würden, vermag ich heute noch nicht zu überschauen; ganz abgesehen von unseren eigenen Ländern.

Ich bin der Meinung, daß der Weg, zu dieser freiwilligen Leistung zu kommen, der Weg des Herrn Starke, bedauerlich und falsch ist. Wenn ich im Wege der Freiwilligkeit von den anderen etwas haben will, kann ich nicht zunächst in die Bilanz hineinschreiben: Forderung an die Länder 1,74 Milliarden, um dann in der Öffentlichkeit hinzuzufügen – das hat Herr Starke getan –, wenn sie es nicht geben, dann erhöhen wir die Steuern. Und von jemandem, der freiwillig zu einem Zugeständnis gebracht werden soll – wozu aber sicherlich die CDU-Ministerpräsidenten bereit sein werden –, kann man nicht in dieser Form die Zustimmung erwarten.

Warum ist Herr Starke nicht vorher, ehe er die Forderung in seinen Etat hineingeschrieben hat, zu uns gekommen? Warum hat er die Ministerpräsidenten über den Herrn Bundeskanzler nicht einmal zu einem solchen Gespräch gebeten? Warum haben wir denn jetzt schon seit Wochen die Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit? Es heißt: Die bösen Länder sind schuld! Wenn sie nicht bezahlen, müssen die Steuern erhöht werden. Das ist doch eine Atmosphäre und eine Situation, die ich, gerade weil uns das immer wieder so schmerzt, für sehr bedauerlich halte.

Ich bedauere auch, daß an dem Punkt, Herr Präsident Gerstenmaier, der 458 Millionen nun wieder eine Auseinandersetzung des Prinzips wegen in der Öffentlichkeit entstanden ist. Herr Kiesinger und ich haben die Situation klar gesehen. Hier stehen wir vor der Frage: Wissenschaft und Forschung. Sie ist zumindest umstritten. Der Bund hat von der ihm zustehenden Möglichkeit der konkurrierenden Gesetzgebung, die Frage der Forschung an sich zu ziehen, bisher durch ein Gesetz noch keinen Gebrauch gemacht. Die Länder haben mit dem Bund über diese Frage verhandelt. Diese Verhandlungen sind seit mehr als Jahresfrist unterbrochen. Unbeschadet dieser Situation haben die Länder mit dem Bund einige Verwaltungsabkommen getroffen; so das Verwaltungsabkommen über den Wissenschaftsrat, über die Max-Planck-Gesellschaft usw.<sup>35</sup> Unter Ausschaltung der Rechtslage befinden sich die Länder mit dem Bund seit Jahr und Tag in einem Verwaltungsabkommen. Das Verwaltungsabkommen

---

35 Das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates war am 5. September 1957 geschlossen worden (BULLETIN vom 6. September 1957 S. 1537–1540). – Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften wurde am 26. Februar 1948 als unmittelbare Rechtsnachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. gegründet (Übernahme von Aktien und Vermögen 1951). Nach dem Staatsabkommen der Länder vom 19. Februar 1959 (Königsteiner Abkommen) trugen Bund und Länder den jährlichen allgemeinen Zuschußbedarf der Max-Planck-Gesellschaft je zur Hälfte (BULLETIN vom 5. Juni 1964 S. 813).

über den Wissenschaftsrat ist 1957 geschlossen worden; 1960 ist es abgelaufen, und es wurde dann wiederum auf drei Jahre verlängert. Es läuft Ende dieses Jahres ab. Ich zweifle nicht daran, daß dieses Abkommen erneut verlängert wird. In diesem Abkommen ist der Anteil der Leistungen des Bundes und derjenige der Länder umschrieben.

Nun bekenne ich mich als Vater der Begründung. Die erste Begründung, die die Finanzminister geliefert haben, hat uns nicht gefallen, weil sie den Tatbeständen der Verwaltungsabkommen in keiner Weise Rechnung getragen hat. Deshalb bekenne ich mich mit Herrn Kiesinger – Herr Zinn hat sich angeschlossen – zu der anderen Begründung. Der Bundesrat hat einstimmig – nur gegen Herrn Kaisen<sup>36</sup> – folgenden Beschluß gefaßt: 1. Die Titel bleiben erhalten. 2. Die Beträge von insgesamt 458 Millionen können in diesem Jahr unausgefüllt bleiben. Die Länder tragen 458 Millionen als einen Teil jener 1,74 Milliarden, die der Bund verlangt hat. Wir haben in der Begründung gesagt: Unbeschadet der zwischen dem Bund und den Ländern getroffenen Vereinbarung werden die Länder die Finanzierung von Wissenschaft und Forschung für das Rechnungsjahr 1962 übernehmen. Ich glaube, daß mit dieser Begründung die Zuständigkeit oder die Rechte des Bundes in keiner Weise angegriffen worden sind. Es bleibt dasselbe Verhältnis bestehen. Die Leistung nach außen bleibt dieselbe. Es wird keine Sachlage geändert. Geändert wird lediglich, daß die Länder 458 Millionen als einen Teil der 1,74 Milliarden übernehmen.

Wenn man die von uns bewußt geänderte Begründung noch einmal überdenkt, dann wird man erkennen, daß sich in der Sache nichts geändert hat. Angefügt wird dann die Hoffnung, daß die Verhandlungen, die in dieser Frage seit Jahr und Tag zwischen dem Bund und den Ländern geführt werden, zu einem Abschluß kommen und daß der Bund – weil er das immer so laut betont – von seinem Recht nach Artikel 74 des Grundgesetzes, innerhalb der konkurrierenden Gesetzgebung in bezug auf die Forschung ein Gesetz zu machen, Gebrauch macht. Das ist leider bis heute noch nicht geschehen.

Ich weiß nicht, ob man im Wege des freiwilligen Aushandelns zu einem Ausgleich der 1,74 Milliarden kommen wird. Die Länder haben ihre Steueransätze im Durchschnitt um 18 bis 19 % – das eine so, das andere so – erhöht. Behält nun der Herr Starke recht, daß nur 15 % einkommen, dann macht das für unser Land immerhin einige hundert Millionen aus. Ich darf aber sagen, daß die Monate Januar und Februar die Richtigkeit dieser von den Ländern vorgenommenen Schätzungen bestätigt haben. Die Steigerung, die sich in den Monaten Januar und Februar mit ein Sechstel des Jahres 1962 ergeben hat, ist doch so, daß man es dem Bund zweifellos zumuten kann, diesen Ansatz, den er mit 14,9 % vorgenommen hat, auf 18 % zu erhöhen. Das würde einen Betrag von 291 Millionen ausmachen. Er befände sich dann auf der gleichen Linie mit den Ländern. Es ist unmöglich daran zu denken, daß Bund

---

36 Wilhelm Kaisen (1887–1979), 1945–1965 Bürgermeister und Senatspräsident von Bremen. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 327 Anm. 103.

und Länder in dieser sie gemeinsam berührenden Frage verschiedene Schätzungen vornehmen.

Das Zweite, was der Bundesrat gesagt hat, ist folgendes: Es wird nicht eine Steigerung von 18 %, sondern eine solche von 20 % eintreten. Das macht 380,4 Millionen aus. Wenn diese Steigerung nicht eintreten sollte, dann übernehmen die Länder diesen Ausfall von 380,4 Millionen. Das ist das zweite Angebot. Das macht zusammen mit den 458 Millionen rund 838 Millionen aus. Dazu kommen die 291 Millionen an Einkommen- und Körperschaftsteuer. Damit ergibt sich, ohne die anderen Zahlen, der Ausgleich.

Herr Bundeskanzler! Sie haben mit Recht auf die politischen Schwierigkeiten im Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen hingewiesen. Die Ausgaben des Bundes sind gestiegen und steigen weiter. Die Ausgaben der Länder sind ebenfalls gestiegen. Der Etat unseres Landes hat im Jahre 1955 800 Millionen umfaßt. Heute beträgt er bereits rund zwei Milliarden. Wenn die Länder jetzt neue Lasten übernehmen müssen, dann bedeutet das zugleich auch die Streichung von Möglichkeiten, die man in der Landespolitik vorgesehen hat. Beides steht nun vor den Augen des Wählers, wenn er zur Landtagswahl geht.

Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht gesagt, wir haben heute nur 26 von 41 Stimmen im Bundesrat. Aus diesem Grunde sind die Landtagswahlen von ganz besonderer Bedeutung auch für die Bundespolitik. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als wenn das ein Druck auf die Länder wäre. Ich hatte eben das Gefühl, als Sie davon sprachen: Entweder zahlen die Länder den Ausgleich, oder aber, wenn keine Hilfe von den Ländern kommt, wir erhöhen die Steuern in diesem Jahr. Das wirkt sich für unsere Politik und für die Wahlen in den Ländern schlecht aus. Ich meine also, beide sind hier angesprochen, der Bund und die Länder, um einen Ausgleich im Sinne der CDU herbeizuführen.

*Gerstenmaier:* Es besteht nicht die mindeste Meinungsverschiedenheit bezüglich der Rechtslage. Im Artikel 106 Absatz 4 ist ein Bundesgesetz vorgeschrieben. Das kann nach meinem Verständnis des Grundgesetzes aber nicht bedeuten, daß dadurch eine Änderung des Grundgesetzes herbeigeführt wird.

Herr Ministerpräsident! Ich stimme mit Ihnen überein, das Bundesgesetz ist zustimmungsbedürftig. Und wir machen uns keinerlei Illusionen über den Stand der Dinge bei dieser Situation. Was folgt daraus? Daraus folgt, daß die Aufgabe nur politisch lösbar ist. Deshalb sage ich: Zusammentreten an diesen Tisch – oder eine Unterabteilung –, und dann muß Geschichte gemacht werden!

Ich stimme in der Analyse der Rechtssituation mit Ihnen überein. Ich freue mich, daß Sie den Artikel 74 Absatz 13 so demonstriert haben hinsichtlich der Kompetenz der Länder, daß wir uns in der konkurrierenden Gesetzgebung befinden. (*Altmeier:* Wenn Sie davon Besitz ergreifen!) Gerade deshalb, weil Sie das unterstreichen, würde ich schwerste Bedenken haben gegen Ihren Vorschlag über die Leertitel. Den Bund zwar in der formalen Kompetenz mit den Leertiteln stehen zu lassen, das bedeutet unweigerlich die Lähmung der gesamten Bundesexekutive auf

diesem Gebiet; d. h. den Bund austrocknen bei formeller Kompetenz ohne Änderung der Formalität. Auch materiell würden wir zu dem gleichen negativen Ergebnis kommen. Wenn wir uns an den Artikel 74 Absatz 13 halten wollen, nämlich an die konkurrierende Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern, können wir in diese Lösung nicht eintreten.

Ich wäre deshalb dankbar, wenn Sie im Blick auf die Loyalität gegenüber Ihren Ausführungen von diesem Vorschlag abkommen könnten, diese Leertitel stehen zu lassen.

*Adenauer:* Ich glaube, es ist gut, wenn ich noch eine Ergänzung mache. Ich habe für heute nachmittag die Herren Ministerpräsidenten der CDU zu einer Besprechung eingeladen. Herr von Hassel ist krank. Herr Meyers ist in Lugano. Herr Ehard<sup>37</sup> hat Urlaub, und Herr Röder hat Urlaub. Von den sechs Ministerpräsidenten sind also vier nicht da. Das ist schon bezeichnend für das Interesse an unserer Partei. Ich bin darüber geradezu erschüttert.

Ich habe gestern an Herrn Meyers, der sich plötzlich zu einem ganz großen Föderalisten entwickelt hat – der auch das dickste Portemonnaie hat –, noch einmal ausdrücklich depeschiert, er möchte kommen. Aber er ist nicht gekommen. Ich verstehe auch nicht, Herr Kollege Altmeier, daß Sie und auch Herr Kiesinger nicht die Peinlichkeit für den Bund empfinden, wenn Sie die Titel stehen lassen und die Summe streichen. (*Kiesinger:* Ich habe doch etwas anderes vorgeschlagen!) Herr Altmeier hat es noch einmal dargelegt, daß Sie den Ausweg gefunden hätten. Es liegt doch auch ein Beschluß des Bundesrates vor; ein Beschluß des Bundesrates, in dem die CDU die Mehrheit hat. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Und das ist doch etwas, was mich als Parteivorsitzenden geradezu mit Entsetzen erfüllt.

Sie haben eben ausgeführt, wie wenig Gemeinsames wir, die CDU, im Bund und in den Ländern haben. Dabei leben wir doch alle von dieser Gemeinsamkeit. (*Unruhe.*) Vielleicht hören Sie mir jetzt mal zu, Herr Kollege Altmeier! Machen Sie sich doch das eine klar: Wenn die Bundes-CDU die nächste Wahl verliert, dann sind Sie in den Ländern auch pleite! Dann werden Sie mal sehen, was aus der CDU in den Ländern wird. Wir haben doch alle ein hundertprozentiges gemeinsames Interesse. Und das sagen ich Ihnen ganz offen: Unsere Partei steht mir über gewissen föderalistischen Forderungen und Interessen. Anders kann ich es nicht nennen.

Was sollen wir machen? Im Jahre 1962 haben wir ein geringeres Defizit als im Jahre 1963. Sie haben von Herrn Niederalft mit Recht gehört, daß Hessen das sehr zielbewußt gemacht hat, damit es im Jahre 1963 nichts mehr zu geben braucht, sondern daß wir – das sagte ich schon zum Eingang meiner Ausführungen – an die Ergänzungsabgabe herangehen müssen.

---

37 Dr. Hans Ehard (1887–1980), 1946–1954 und 1960–1962 Ministerpräsident von Bayern (CSU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 121 Anm. 29; Karl-Ulrich GELBERG: Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954. Düsseldorf 1992.

Ich möchte hier folgendes einflechten: Ich habe weder direkt noch indirekt etwas über die heutige Sitzung an die Presse gegeben. Ich war geradezu empört, das nun wieder in der Presse zu lesen.<sup>38</sup> (*Dichtel*: Wer hat es denn gemacht?) Ich weiß es nicht. Ich wiederhole: Ich war empört darüber, daß so etwas in die Presse gekommen ist. Von mir rührt es jedenfalls nicht her.

In der nächsten Woche ist die Lesung des Haushaltsplanes im Bundestag. Dazu liegt die Erklärung von Hessen vor. Nun muß doch die CDU im Bundestag eine Erklärung abgeben. Aber nur die Erklärung: Wir werden schon zu Rande kommen – die kauft Ihnen, Herr Kiesinger, doch keiner ab. Heute sind nur zwei Ministerpräsidenten hier. Vier sind abwesend. Was sollen wir jetzt noch machen bis zum nächsten Mittwoch? Ich weiß es wirklich nicht. Herr von Hassel war gestern noch bei mir. Er war gestern schon stark erkältet und wollte sich einige Tage auskurieren, um bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein seinen Mann stehen zu können. Sie können auch nichts sagen, Herr Kiesinger? (*Kiesinger*: Ich kann etwas ganz Klares sagen!) Da bin ich aber neugierig.

*Kiesinger*: Der Vorschlag von Hessen auf 38 %, der darauf ausgeht, den Länderbeitrag für die folgenden Jahre in dieser Höhe festzulegen, ist unmöglich und unrealistisch; denn wir alle sind bei unseren Überlegungen davon ausgegangen, daß die Belastungen des Bundeshaushaltes viel größer sein werden. Ich habe gesagt, es kommen Belastungen – z. B. bei der Kriegsopfersversorgung usw. – hinzu, so daß wir auf mehrere Jahre hinaus laufende Erhöhungen haben werden. Hessen sagte, das würde einen Betrag von etwa einer Milliarde DM schon jetzt bedeuten. Die Länder haben sich nun ad hoc bereit erklärt, 850 Millionen DM zu zahlen. Der hessische Vorschlag geht aber nicht zusätzlich zu diesen 850 Millionen, sondern bedeutet eine Milliarde auf mehrere Jahre verteilt. Wir sind aber davon überzeugt, daß der Länderbeitrag – wenn die Länder es können – in den kommenden Jahren höher sein wird.

Deswegen kann dem Vorschlag von Hessen sofort begegnet werden. Wir müssen damit rechnen, daß die Länder noch in diesem Haushaltsjahr aufgrund dieser Position ... (*Krone*: Entschuldigen Sie, Herr Kiesinger, können Sie den Passus mit uns formulieren, den unser Sprecher, der Herr Vogel, am nächsten Mittwoch in der Frage beitragen soll?) Ich bin für meine Person gern dazu bereit. (*Adenauer*: Läßt sich dazu etwas sagen?) Ja, dagegen kann man sehr gut vom Leder ziehen; denn ich halte das für einen unmöglichen und unrealistischen Vorschlag. Das ist genügend geklärt. Ich kann aber keinen anderen Vorschlag machen als den, daß ich sage, jetzt geht es zunächst um eine Ad-hoc-Lösung für dieses Jahr. Und dann kann man ganz deutlich erklären, daß wir bereit sind, bei den schweren auf den Bundeshaushalt

---

38 „Die Welt“ vom 6. März 1962 „Adenauer will Finanzkonflikt beilegen. CDU-Bundesvorstand erörtert am Mittwoch den Haushaltsausgleich“; FAZ vom 7. März 1962 „Der Unionsvorstand berät über den Etatausgleich“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. März 1962 „CDU-Vorstand bei Adenauer. Versuch zum Ausgleich des Bundeshaushaltes mit Hilfe der Länder“.

zukommenden Aufgaben der kommenden Jahre mit der Länderhilfe bis an die äußerste Grenze des Möglichen zu gehen. (*Zurufe*: Sehr gut!) Das haben wir vom Lande Baden-Württemberg schon erklärt. Und ich erkläre es hier aufs neue! Aber im Augenblick einen konkreten Vorschlag machen, der darüber hinausgeht und etwa sagt, statt 38 % sind wir für 40 %, oder wir wollen das und das zugestehen, das kann ich nicht.

Ich glaube aber für meine Person und für mein Land jetzt schon folgendes sagen zu können, daß aufgrund von Gesprächen mein Kabinett bereit wäre, in dem Punkte mit den 220 Millionen aus diesen 12 % entgegenzukommen. Dann bleibt noch übrig die große Streitfrage der Schätzung. Und das ist eine Rechenaufgabe.

*Adenauer*: Die Sache liegt etwas anders. Es liegt hier vor eine Bundesrats Erklärung, die wahrscheinlich einstimmig gefaßt worden ist. Es liegt vor – und zwar vorausgegangen – eine Kundmachung der Länderfinanzminister, die auch einstimmig gefaßt worden ist. (*Altmeier*: Nicht einstimmig!) Dann liegt vor die Sache von Hessen, über die öffentlich diskutiert worden ist. Nun müssen Sie sich zunächst die Frage vorlegen: Ist es klug, daß man davon spricht, daß die steuerliche Belastung in den nächsten Jahren viel höher sein wird? (*Kiesinger*: Nicht die Steuern, sondern die Steuerbelastung!) Das habe ich doch gesagt! Die Haushaltsbelastung und die Steuerbelastung ist doch dasselbe. Ist es also klug zu sagen, Hessen hat das gemacht, um uns festzulegen, damit wir im Jahre 1963 nichts mehr bekommen? Darin liegt doch schon, daß das Jahr 1963 eine höhere Belastung bringen wird. Ist es klug, das bei den Landtagswahlen zu sagen? Ich habe den Herrn Starke bei seinem guten Glauben belassen, als er an die Länder herangegangen ist, (*Altmeier*: Er ist nicht herangegangen, sondern geht in die Ausschüsse!) weil ich den Versuch machen wollte, vor den Landtagswahlen nicht eine Steuererhöhung vorzunehmen.

Herr Kiesinger! Sie haben eben gesagt, zu einem Betrag von 850 Millionen seien Sie bereit. Darüber muß doch ein Beschluß vorliegen. Es sind aber 458 Millionen, wovon der Titel übriggeblieben ist. Wenn die uns gegeben werden, dann sind wir kastriert auf dem Gebiet. Ich weiß keinen anderen Ausdruck dafür. Und die 380 Millionen sind nur ein bedingter Länderbeitrag, auf den später die Steuermehreinnahmen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer anzurechnen ist. Das ist alles nur bedingt. Die denken nicht daran, uns die 850 Millionen hinzulegen. Deswegen muß ich meine Freunde aus der Bundestagsfraktion bitten, äußerst vorsichtig zu sein in ihren Erklärungen.

*Stoltenberg*: Ich möchte auf den Punkt hinweisen, daß wir wahrscheinlich weniger Zeit haben, als dies allgemein angenommen wird. Sie haben gesagt, bei der ersten Lesung muß ein Weg aufgezeigt werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir in fünf Wochen die dritte Lesung im Bundestag haben werden. Dann muß eine Lösung gefunden sein. Wir können nicht auf kommende Verhandlungen mit dem Bundesrat oder auf sonstige Erklärungen hinweisen, sondern wir müssen bis dahin einen ausgeglichenen Haushalt beschließen. Insofern muß eine hieb- und stichfeste Lösung gefunden sein.

Die Diskussion hat klar gezeigt – und das müßte heute der Öffentlichkeit als Beschluß des Bundesparteivorstandes gesagt werden –, die Lösung muß über den Vorschlag des Bundesrates hinausgehen. Wir brauchen uns über die Einzelheiten – wir können das auch nicht – heute nicht abschließend zu verständigen, obwohl ich den ersten Punkt – am 15. April muß eine Lösung gefunden sein – noch einmal unterstreichen möchte.

Es sind zwei Wege aufgewiesen. Der eine ist die Änderung des Grundgesetzzartikels 106. Das bedeutet, über den hessischen Vorschlag hinauszugehen, ohne einen Prozentsatz zu nennen. Da liegt die Schwierigkeit für die kommenden Jahre. Trotzdem ist das für das nächste Jahr der einzig mögliche Weg. Ich halte auch die Kritik, die am Bundesfinanzminister geübt worden ist, für berechtigt. Im Grunde genommen führen wir diese Diskussion ein viertel Jahr zu spät. Im Grunde ist der Weg über den Artikel 106 des Grundgesetzes der richtige Weg. Wenn wir in diesem Jahre einen Prozentsatz von fünf, sechs oder sieben erreichen könnten, wäre das gut. Wenn die Länder nicht darauf eingehen, bleibt nur der Weg des Länderbeitrages, trotz aller Bedenken, die Herr Altmeier vorgetragen hat und die ich völlig teile. Dieser Weg muß in unseren sämtlichen Landtagen beschlossen werden. Das ist die Schwierigkeit. Wenn wir uns nicht über den ersten Weg einigen, daß die Länder bereit sind, mit 5 oder 7 % dem Bund entgegenzukommen, dann müssen wir diesen zweiten Weg gehen. Auch der Weg des Bundesrates bedeutet, daß in elf Ländern ein Nachtragshaushalt eingebracht werden muß, und zwar über die 458 Millionen, die sie uns angeboten haben. Sie müssen ebenfalls die Ausfallgarantie über den Nachtragshaushalt machen. Insofern gibt es formal die gleiche Schwierigkeit.

Es ist m.E. für den Bund schwer zumutbar, aus den genannten Gründen als Bundestag auf diese 458 Millionen zu verzichten. Tun wir es in diesem Jahr, dann tun wir es für Jahre hinaus. Und wenn dann in den Jahren 1963 und 1964 die Situation des Bundes noch schwieriger sein wird, dann haben wir eine Flasche mit einem Etikett ohne Inhalt.

Ich würde vorschlagen, daß sich ein kleiner Kreis darüber Gedanken macht, ob man sich nicht dazu durchringen kann, statt der 850 Millionen, die sie angeboten haben – wenn sie nicht den ersten Weg des Artikels 106 des Grundgesetzes gehen wollen –, dem Bund eine Milliarde DM ohne Auflage zu geben. Die formalen Schwierigkeiten sind dabei nicht größer als bei dem vorgeschlagenen Weg.

Ich würde also zusammenfassend sagen: Entweder eine klare Lösung nach Artikel 106 des Grundgesetzes über 5 % hinaus oder einen Länderbeitrag, der mindestens bei einer Milliarde liegt. (*Kiesinger*: Das ist doch mein Vorschlag!)

*Fay*<sup>39</sup>: Dieser Vorschlag des Landes Hessen ist ein interessanter Beitrag zur psychologischen Wahlkampf Vorbereitung der Sozialdemokraten. Bisher haben wir in den Landtagswahlkämpfen gegen die SPD mit dem Argument operiert, sie sei nicht

---

39 Dr. Wilhelm Fay (1911–1980), 1952–1967 Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1953–1970 MdL Hessen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 154 Anm. 46.



bundesfreundlich. Nun hat sich seit zwei, drei Jahren die SPD auf den Weg der Bundesfreundlichkeit begeben durch einen höheren Beitrag. Sie macht hier einen Vorschlag, der jedem, der mit der Gesetzesmaterie vertraut ist, einleuchtet. Das ist wahrscheinlich der einzige gesetzlich zulässige Weg.

Meine Herren Ministerpräsidenten! Sie sind zu sehr von dem Fernsehurteil angekratzt worden, so daß Ihre Idee etwas stark nach Staatenbund riecht. Herr Stoltenberg hat klar herausgestellt, der Vorschlag geht dahin, daß elf Länderparlamente einstimmig zustimmen müssen. Wenn nun ein Parlament oder zwei Parlamente ausfallen, dann ist es mit Ihrem hervorragenden Länderbeitrag aus, oder die Länder geben es einzelnen, soweit sie beschlossen haben. Das ist die Tücke oder das Tückische an diesem Vorschlag des Landes Hessen. Er ist so einleuchtend einfach, weil er auf einer soliden Gesetzesgrundlage beruht.

Hessen hat zunächst dem Gedanken gehuldigt, die sogenannten kulturellen Aufgaben des Bundes auf die Länder zu übernehmen, weil das für Hessen einen Machtzuwachs bedeutet hätte. Nun kam die „glorreiche“ Idee mit dem Leertitel. Ich sage deshalb „glorreich“, weil sie verfassungsrechtlich nicht haltbar sind. (*Adenauer*: Sagten Sie glorreich?) Ja, natürlich in Anführungszeichen, Herr Bundeskanzler. Sie sind rechtlich nicht haltbar. Als vor drei Wochen in der Pressekonferenz in Hessen Ministerpräsident Zinn und Minister Conrad<sup>40</sup> gemerkt haben, daß in den Reihen der CDU ein Durcheinander eintrat, als plötzlich die Erklärung der Wissenschaftler kam<sup>41</sup>, daß man die Dinge nicht auf die Länder übertragen könne, da hat Herr Zinn gesagt: Jetzt auf den Pfad der Tugend zurück! (*Kiesinger*: Sie sind aber nicht auf den Pfad der Tugend zurückgegangen! – *Gerstenmaier*: Andere Wege sind vom Gesetz nicht ausgeschlossen!) Sie sind aber schwer praktikabel. Dieser Teilabschnitt der Wahlkampf Vorbereitung zeigt Ihnen, wie schwierig unsere Situation in Hessen ist. Das ist ein Vorschlag, der der Bevölkerung einleuchtet, weil er simpel ist. Wir sind uns hier darüber klar, daß der Vorschlag von Hessen unzureichend ist. Welch listige Absichten damit verknüpft sind, hat Herr Niederaht herausgestellt.

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als daß wir unsere Ministerpräsidenten bitten, diesen gesetzlich zulässigen und einfachen Weg zu gehen und jetzt einen solchen Anteil zu verlangen, der uns die Auffüllung des Defizits im Etat ermöglicht. Wir sollten aber nicht so weit gehen, daß wir schon jetzt die künftigen Defizite auffangen können. Ich meine, ein Beitrag von 5 % würde uns einigermaßen hinbringen. Man könnte vielleicht auch an 6 % denken. Das käme in der Bevölkerung an, denn die Bevölkerung weiß, daß die Länderkassen nicht die schwächsten sind. Die Bevölkerung wird sagen, man kann ihnen etwas zumuten.

Ich bin also der Auffassung, wie sie Herr Stoltenberg zum Punkt 1 vertreten hat. Sie werden im Jahre 1963, Herr Gerstenmaier, nach der Methode, die der

---

40 Dr. Wilhelm Conrad (1911–1971), 1958–1970 MdL Hessen (SPD), 1956–1964 Finanzminister, 1964–1971 Präsident der Hessischen Landesbank.

41 Sog. Memorandum der Acht (vgl. Nr. 5 Anm. 45).

Bundesrat unter Zustimmung unserer Ministerpräsidenten vorgeschlagen hat, um die Ergänzungsabgabe oder um die Erhöhung des Anteils nicht herum kommen. Sie können aber jetzt nicht auf Vorschuß dies einkalkulieren, daß Sie das vermutliche Defizit damit beglichen.

Ich möchte vorschlagen, man sollte den hessischen Vorschlag als völlig unzulänglich zurückweisen. Man sollte 5 oder 6 % vorschlagen. Das sollen dann die Finanzsachverständigen ausrechnen. Damit werden wir unser Gesicht wahren.

*Krone:* Ich möchte einen Gedanken aufgreifen, den Herr Altmeier als Vorwurf angeführt hat. Der Bundesvorstand sollte sich vornehmen, daß die Frage der Erhöhung der Beamtengehälter, ehe man sie irgendwo anders anpackt, vorher zwischen dem Bund und den Ländern besprochen wird. Ich möchte vermeiden, Herr Bundeskanzler, daß der eine vorgeht und der andere nachhinkt oder umgekehrt. Wenn wir das nicht tun, dann haben wir in diesem Jahr eine Mehrbelastung von 1,3 Milliarden DM. (*Zurufe:* Wieso?) Herr Kiesinger! Läßt sich das praktisch durchführen?

*Adenauer:* Das läßt sich nicht durchführen, Herr Krone! Nehmen Sie z. B. Hamburg. In Hamburg ist eine starke sozialistische Partei. Man wird zunächst bei den Kommunalbeamten, Angestellten ... (*Krone:* Wir verzichten also von der CDU darauf, daß sich unsere Ministerpräsidenten mit uns in der Frage zusammensetzen, um hier eine Meinung zu bilden? Das heißt, daß wir sagen, weil die es in Hamburg so machen, tun wir nichts! – *Unruhe und Bewegung.* – *Kiesinger:* Wir sollten einen moralischen Druck auf die anderen ausüben! – *Krone:* Wir sollten in diesem Jahr mit Gehaltserhöhungen noch nicht kommen!) Also, meine verehrten Damen und Herren. Lassen wir doch jetzt einmal politisch sprechen! Lassen wir uns darüber klar sein, daß uns dieses Jahr entscheidende Landtagswahlen bringt; ich meine entscheidend für die Mehrheit des Bundesrates und von großer Wirkung auf die Bundestagswahl im Jahre 1965. Überlegen Sie bitte einmal, daß man infolgedessen äußerst vorsichtig taktieren muß, damit die Landtagswahlen nicht danebengehen. Ich bin natürlich der Auffassung von Herrn Krone, daß die CDU-Ministerpräsidenten und auch die Landtagsabgeordneten darauf drängen sollen, daß man zusammen mit dem Bund geht. Aber ich darf einmal sagen, wie es mit den Ländern ist, Herr Blank hat mir geschrieben, der Landesarbeitsminister von Bayern<sup>42</sup> habe einen Rundbrief losgelassen ... (*Blank:* 1,4 Milliarden Erhöhung für die Kriegsopferversorgung!) Die will er erhöhen. Was uns fehlt, meine Freunde – und das müssen wir für den Bundestagswahlkampf im Jahre 1965 erreichen –, das ist eine einheitliche Parteimeinung in wichtigen Dingen. Wir müssen eine Parteimeinung haben und nicht ein Dutzend Parteimeinungen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Nun lassen wir zunächst einmal bei der Frage bleiben, was soll in der kommenden Woche im Bundestag erklärt werden. Herr Vogel muß eine Erklärung abgeben. Wir haben leider Gottes diesen Bundesratsbeschluß, den auch jeder kennt. (*Schmidt:* Dazu müssen Sie kritisch Stellung nehmen!) Dann müssen wir gegen

42 Walter Stain (geb. 1916), 1950–1962 MdL Bayern (GB/BHE), 1954–1962 Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge, 1957–1958 stv. Ministerpräsident.

den Bundesrat polemisieren, also gegen den Bundesrat, in dem unsere Leute die Mehrheit haben! (*Barzel*: Mit der Bemerkung, daß die Vorschläge des Bundesrates unzureichend sind für den Haushaltsplan! – *Schmidt*: Es muß schon vorher eine gedruckte Stellungnahme der Bundesregierung vorliegen! – *Unruhe und Bewegung*.) Das ist ein Irrtum. Das liegt völlig in der Hand der Bundesregierung, ob sie vorher Stellung nimmt oder nicht.

*Kiesinger*: Es geht einmal um das Verfahren und zum anderen um das, was man nach realistischer Einschätzung der Lage erwarten kann. Ich möchte anknüpfen an das, was Herr Stoltenberg gesagt hat. Da sehe ich die Chance. Sie liegt mit meiner Vorstellung auf derselben Linie.

Ich habe heftige Zusammenstöße mit dem Finanzminister Eberhard gehabt, der mir wegen meines Vorschlages den Vorwurf entgegenschleuderte, ich hätte damit die Einheitsfront der Länder durchbrochen. Ich habe aber nie daran gezweifelt, daß es im zweiten Durchgang des Bundesrates kommen wird. Ich habe erklärt, daß ich mich nicht durchgesetzt habe im Bundesrat. Das tut mir leid. Von der anderen Seite stammt der Vorschlag, den Titel ganz zu streichen. Herr Altmeier hat das klargestellt. Wir sind dann auf den Vermittlungsvorschlag gekommen, sonst wäre der Vorschlag der Finanzminister durchgekommen, der viel schlimmer war. Eine reale Vorschlagsmöglichkeit der Länder sehe ich in dem Betrag von 220 Millionen. Das liefe auf den Vorschlag ohne Auflage von Herrn Stoltenberg hinaus. Ich glaube, daß ich mein Kabinett auf diese Linie bringen könnte. Das steht aber im Gegensatz zu dem Vorschlag von Herrn Fay.

Die Länder müssen sich darüber klar sein, daß in diesem Jahr noch weitere Milliarden-Belastungen des Bundeshaushaltes kommen und sie irgendwie wieder beteiligt sein werden. Wenn die Lücke des Bundeshaushaltes jetzt eben gestopft wird, dann müssen sie sich darüber klar sein, woher denn der Bund das Geld nehmen soll, wenn erneut Belastungen auf ihn zukommen. Wir müssen uns deshalb wieder an den Tisch setzen. Die Länder müssen sich darüber klar sein, daß wir, wenn solche Milliardenbeträge auf den Bund zukommen, dann noch einmal gemeinsam verhandeln müssen. Dann werden die Länder prüfen müssen, wozu sie imstande sind für dieses Jahr. Wie das in den kommenden Jahren aussehen wird, das ist eine andere Frage.

Ich bin mir klar darüber, daß es hier zu einer grundsätzlich neuen Regelung kommen muß; daß wir uns vielleicht sogar Gedanken über die Rangfolge der Aufgaben von Bund und Ländern machen müssen. Die Länder haben nicht nur nachgeordnete Aufgaben, die nie bestritten worden sind. Ich denke auch an die Wissenschaftsförderung, wo man sich strittig ist. Da muß es eben zu einer grundsätzlichen Neuregelung führen. Und dazu müssen die Gespräche jetzt beginnen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Darüber besteht in meinem Kabinett Klarheit. Geben Sie sich keiner Täuschung hin, meine Damen und Herren! Hier ist es so, daß die Länderparlamente – und da muß ich dem Kollegen Altmeier zustimmen – sehr hart sind. Als ich meine Stellungnahme bei der Fraktion vortrug, habe ich starken Widerspruch bekommen. Das ist sehr selten

der Fall in der Landtagsfraktion, wenn es sich um einen Konflikt zwischen Bund und Länderinteressen handelt und wenn es um das Unrecht der Geldbewilligung durch das Parlament geht.

Aber ich wollte nur sagen, nach meiner Meinung läuft es auf eine Direktzahlung hinaus; diese 850 Millionen plus diesen 220 Millionen DM geben dem Bund für dieses Jahr die Möglichkeit, seinen Haushalt auszugleichen.

Wenn wir uns in der Schätzung einig sind, dann setzen wir uns zusammen, und dann beginnt erst die wirkliche Arbeit, nämlich die Klärung der Frage, wie soll es in der Zukunft aussehen. Das ist der einzige realistische Aspekt. (*Beifall.*)

*Adenauer:* Ich muß sagen, Herr Kiesinger hat das Vernünftigste gesprochen, was heute hier gesprochen worden ist. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich hoffe, daß Sie das etwas versöhnt. (*Gerstenmaier:* Glaubt Herr Etzel, daß das so zu machen ist?) Ich glaube, wenn es so kommt, daß wir präterpropter auf 1,1 bis 1,2 Milliarden DM kommen werden, so daß wir dann, wenn auch mit großer Mühe, den Haushaltsplan des Bundes verabschieden können, natürlich unter der Voraussetzung, daß im Bundestag nicht Beschlüsse gefaßt werden, die wieder alles über den Haufen werfen. (*Altmeier:* Das wollte ich gerade sagen!) Dann werden wir aber wahrscheinlich Gebrauch machen von der Bestimmung des Grundgesetzes, wonach für die Deckung gesorgt werden muß. (*Zuruf:* Artikel 113!<sup>43</sup>) Lassen wir uns darüber einig sein, daß wir alles tun müssen, um die Landtagswahlen gut über die Bühne zu bringen. Das muß für uns alle der leitende Gesichtspunkt sein – für mich ist er es –, damit wir die nicht stören, sondern gut dabei abschneiden.

Dann müssen wir dem Herrn Vogel – oder wer der Sprecher ist – sagen, daß sich in der ausgedehnten Diskussion hier ein Weg gezeigt hat, der vor der Verabschiedung des Haushaltsplanes in dritter Lesung die Sache in Ordnung bringen wird.

Wir sollten nichts weiter ausführen. Herr Gerstenmaier weist mit Recht darauf hin, daß der hessische Vorschlag uns nicht hilft, weil wir im nächsten Jahr Schwierigkeiten damit bekämen.

*Etzel:* Sie werden verstehen, daß ich mich bei der ganzen Diskussion als Finanzminister a.D. etwas zurückgehalten habe. Ich muß sagen, über das letzte Ergebnis der Diskussion bin ich persönlich doch sehr froh, weil ich einen Weg sehe, für das Jahr 1962 – und nur darum handelt es sich – eine Lösung zu finden, und zwar genau den Weg, den die Bundesregierung auch gegangen ist, nämlich nicht den Artikel 106 anzufassen, sondern in einer friedlichen Regelung mit den Ländern eine Deckungslösung zu suchen.

Es gibt noch einen zweiten Grund, den Weg des Artikels 106 nicht zu wählen; denn die Länder haben ihren Haushalt bereits verabschiedet. Sie haben ihren Länderhaushalt

---

43 GG Art. 113: „Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Bundesregierung.“

für das Rechnungsjahr 1962 schon eingeteilt und müßten nun, wenn wir so vorgingen, Land für Land ihre Situation ändern. Das wäre also ein sehr unerfreulicher Weg.

Wir sollten deswegen den Weg gehen, den die Ministerpräsidenten Kiesinger und Altmeier gezeigt haben. Wenn es so gemacht wird, wie Sie gesagt haben, Herr Kiesinger, kommen wir weiter. In der Schätzungsfrage stimme ich Ihnen hundertprozentig zu. Wir sollten nicht verschieden schätzen. Herr Kiesinger hat mit Recht auf einen Rechenfehler hingewiesen. Man kann natürlich 15 oder 18 % schätzen. Solche Maßnahmen habe ich auch in der Vergangenheit treffen müssen. Die reale Praxis wird zeigen, wie wir mit den Dingen jetzt hinkommen werden.

Wenn wir die im Grundsatz gestrichenen Beträge wieder aufnehmen, kommen wir hin. Die gezielte Haushaltskürzung könnte uns auf 900 Millionen DM bringen, und zwar an Streichungen. Das würde bedeuten, daß wir ein kleines Plus hätten, so daß wir im Durchschnitt vielleicht auf einen Ausgleich kommen. Wir sollten deshalb den Weg, den die Herren Kiesinger und Altmeier gezeigt haben, gehen.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! In der Zwischenzeit ist die Mitteilung gekommen, daß Herr Meyers heute nachmittag an der Sitzung teilnehmen wird. Dann müssen wir diesen Nachmittag weiter verhandeln. Ich würde vorschlagen, daß wir zwei oder drei Mitglieder des Bundesvorstandes dazubitten. Wir können dann in Fortsetzung der Debatte ein Kommuniqué herausgeben, was Hand und Fuß hat.

Ich würde nicht vorschlagen, daß wir jetzt übereilt hier ein Kommuniqué fassen, sondern das machen wir heute nachmittag. Dann sind die Herren Meyers, Kiesinger und Altmeier da. Wer soll noch hinzugenommen werden? (*Zurufe:* Etzel! – Niederal! – Stoltenberg! – Schmidt!) Eins nach dem anderen! Herr Niederal, kommen Sie diesen nachmittag? (*Niederal:* Nicht gern! Nur wenn es unbedingt sein muß!) Können Sie Herrn Dollinger nicht vorher fragen? (*Niederal:* Das könnte ich.) Es sollen Mitglieder des Parteivorstandes sein. Ich würde sagen: Etzel, Stoltenberg, Niederal und Schmidt, und zwar um 16.30 Uhr hier.

*Krone:* Ich möchte den Gedanken aufgreifen, der hier vorhin besprochen worden ist. Wir sollten vom Bundesvorstand der Fraktion sagen, sie möchte nun das Gesamtbild nicht durch Beschlüsse verschieben. Das können wir um so mehr, als im letzten Jahr solche Erhöhungen von seiten der Fraktion nicht vorgenommen worden sind. Das sollte vom Parteivorstand als Bitte an die Fraktion beschlossen werden.

*Adenauer:* Wollen Sie dem Vorschlag von Herrn Krone zustimmen? Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben! – Ich stelle fest, daß das einstimmig ist.

Meine Damen und Herren! Wir sagen der Presse jetzt nichts, sondern Sie überlassen denen, die um 16.30 Uhr heute zusammenkommen, ein Kommuniqué zu machen aufgrund der heutigen Besprechungen.<sup>44</sup> Ich nehme an, daß auch die Herren Ministerpräsidenten dem beitreten. (*Zustimmung.*) Damit darf ich die Sitzung schließen.

---

44 Vgl. Anm. 38.